

# Breslauer



# Zeitung.

N<sup>o</sup>. 283.

Sonnabend den 12. Oktober

1850.

## Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

**Berlin, 11. Oktbr. Nachm. 3 Uhr 12 Min.** In der heutigen Sitzung des provisorischen Fürsten-Kollegiums schlägt Preußen ein Definitivum im Provisorium vor. Das Bündniß mit seinen Zwecken, Verfassung, Schiedsgericht, sollen erhalten, die Ausführung Zeit und Umständen untergeordnet werden. Definitiv ausgeführt werden sollen folgende Bestimmungen, unter andern eine gemeinsame Verständigung über das Verhältniß zum weiteren Bunde, so wie über ein Organ ähnlich dem Fürstenkollegium.

**Kassel, 10. Oktbr.** Haynau hat Vollmacht vom Kurfürsten erhalten, den Offizieren aller Grade den verlangten Abschied zu erteilen, und diejenigen, welche den dienstlichen Gehorsam verweigern, sofort zu bestrafen. Haynau hat befohlen, daß jeder Offizier binnen 24 Stunden erklären soll, ob er die September-Verordnungen vollziehen wolle. Aus verschiedenen Orten wird gemeldet, daß preussische Regimenter sich der hessischen Grenze genähert.

## Telegraphische Korrespondenzen

für politische Nachrichten, Fond-Course und Produkte.

**Paris, 9. Oktbr.** Die Permanenz-Kommission wohnt dem Morgen stattfindenden Manöver bei. Sämtliche wegen Unterlassung der Signatur angeklagten Journale bestritten die Kompetenz des correctionellen Tribunals und verlangen, daß sie vor eine Jury gestellt werden.

Der Präfect von Perpignan verbot das Tragen aller politischen Abzeichen.

Einem Gerüchte nach wird Thiers bei seinen Reisen nach Claremont polizeilich überwacht.

3% 56, 95. 5% 92, 05.

**Hamburg, 10. Oktbr.** Berlin-Hamburger 89 1/4. Köln-Minden 96 1/4.

Getreide unverändert. Del p. Oktober 23 1/2, p. Mai 22 1/2. Kaffee 5 bezahlt. 5000 Sack gemacht. Zink 2000 Ctr. loco 10 1/2.

**Stettin, 10. Oktbr.** Roggen 33 Br., p. Frühjahr 37 1/2. Weizen 12 1/4, p. Winter 11 1/4 Br. Spiritus 23, p. Frühjahr 21 1/2 Br.

**Kassel, 9. Oktbr.** Wien 99 1/4.

**Kassel, 9. Oktbr. Nachmittags 4 Uhr 7 Minuten.** Das gesamte Offizierkorps reicht bei weiterem gesetzlichem Vorbehalt Haynau's seine Entlassung ein. In Folge dessen sind vorläufig Gewaltmaßregeln sistirt.

**Kassel, 9. Oktbr. Abends 7 Uhr 50 Minuten.** General Haynau erläßt eine Ansprache an die Stabs-Offiziere: wenn die hessischen Truppen seine Anordnungen ausführen sich weigerten, so würden fremde Truppen sie ausführen. Oesterreich werde dann eine so freie Verfassung nicht bestehen lassen. Die Offiziere wollen im Interesse der Disziplin und zur Verhütung einer Auflösung des Heeres so lange im Dienste bleiben, bis allerhöchsten Orts Befehl gegeben, wobei aber eine Erklärung abgegeben wird, daß sie in der Zwischenzeit von der Eingabe des Abschiedes bis zu dessen Ertheilung jeder Anordnung die Folge versagen müssen, die sie als einen Ausfluß der verfassungswidrigen Verordnungen halten. Haynau läßt Jordan rufen und bittet ihn, ein Programm zu unterschreiben, wonach Verordnungen rechtskräftig sein sollen. Jordan weigert sich.

(Tel. Dep. d. Ref.)

**Darmstadt, 9. Oktbr.** Eine außerordentliche Ständeverammlung, mit Befestigung des Wahlgesetzes von 1849 ist einberufen. Vorlagen: Zwei Kammeren indirekte Wahlen, Censur.

**Amsterdam, 9. Oktbr.** Integrale 56 1/2. Spanische inländische Schuld 33 1/2. 2 1/2% Metalliques 39 1/2. 5% Metalliques 75. 5% neue Metalliques 79 1/2. Russische 4% Hope (1840) 87 1/2. R. russ. Anl. 95 1/2. Raps, Rübsöl unverändert. Roggen, bessere Stimmung, ohne Geschäft.

**Luzern, 7. Oktbr.** Die Harmonia will aus zuverlässiger Quelle wissen, daß Mazzini sich fünf volle Tage heimlich in Rom aufhielt; in den verborgenen Klüben der Unita Italia sei man so weit gegangen, die Ermordung des heiligen Vaters zu besprechen.

**Kaisbach, 10. Oktbr.** Sr. kaiserl. Hoheit der Erzherzog Franz Karl und Ihre kaiserl. Hoheit die Frau Erzherzogin Sophie, welche gestern Nachmittag um 4 1/2 Uhr mit ihrem Sohne, dem Erzherzog Ludwig in Kaisbach ankamen, sind heute um 7 Uhr früh von hier nach Triest abgereist.

## Uebersicht.

**Breslau, 11. Oktbr.** Durch die N. Bremer Ztg. erhalten wir den Vorlaut des Vortrages, welchen der Minister Radowski in der letzten Sitzung des Fürstenkollegiums (unter seinem Präsidium) über die kurhessischen Angelegenheiten und über die Politik gehalten hat, die Preußen in Bezug auf Kurhessen und gegenüber dem sogenannten Bundesstake einzuhalten gedenkt.

Aus Berlin meldet unser \*\*\*-Korrespondent: daß es scheint, als wolle sich Baiern sowie Hannover von der Creation des Bundesbündnisses vom 22. September zurückziehen und ihre Truppen nicht nach Kurhessen schicken. Die Intervention solle deshalb durch die in der gestrigen Bresl. Ztg. gemeldeten österreichischen Truppenbewegungen bestätigt wird. Unser Berliner \*\*\*-Korrespondent fügt hinzu: daß gleichzeitig auch die preussischen Truppen einmarchiren würden, nicht aber als Reine, sondern als gemeinschaftlich mit den Oesterreichern Kurhessen zu belegen und den Kurfürsten zu rehabilitiren. Das Einzige, was bewilligt werden würde, sei die Entlassung Hassenpflug's.

In Bezug auf die Zukunft der Union wird aus Berlin gemeldet: daß sich die Union in eine Föderation (in Bezug auf gemeinschaftliches Handeln und gemeinsame Einrichtungen) verwandeln solle. Da-

hin gehen nämlich die Vorschläge Preußens. Die Kreuzzeitung behält den Sieg.

Auch heute wird wiederholt aus Berlin berichtet: daß Minister Radowski für sofortige Einberufung der Kammern gewesen sei, Minister Manteuffel dagegen gestimmt habe. Die Kammern sollen gegen die Mitte Novembers zusammentreten und die Einladungschriften Ende dieses Monats an die Abgeordneten abgehen.

Vom Rheine meldet man: daß alle bereits entlassene Reserve-Mannschaften wieder einberufen werden sollen.

Ueber die kritische Sachlage in Kurhessen erhalten wir heute durch unsern dortigen Korrespondenten nähere Berichte. Der Abgeordnete und Redakteur Dettler ist noch in Haft. Alle Pressen mit Militär besetzt. Die Kurfürst-Fürstlichen stehen unter den Waffen, um wahrscheinlich Verhaftungen vorzunehmen. Der ständische Ausschuss ist im Stande der Verfassung versammelt. Am 8. Oktober Abends 8 Uhr erschienen zufolge einer Vorladung alle Offiziere vor dem Generalsimus Haynau. Derselbe hielt eine Ansprache, in der er das Verfassungsmäßige seines Verfahrens darzulegen versuchte, zugleich aber zu bedenken giebt, daß, wenn die hessischen Truppen die Ausführung seiner Anordnungen verweigerten, dies fremde Truppen thun würden. Oesterreich werde dann eine so freie Verfassung nicht mehr bestehen lassen. Die Offiziere dagegen reichten als Antwort hierauf am folgenden Tage ihre Abschiedsgehuche ein, mit der Erklärung: sie würden sich dahin, wo der Abschied erfolgt sei, im Dienste bleiben, sich jedoch nicht zur Ausführung der verfassungswidrigen Anordnungen gebrauchen lassen. Dies geschah von sämtlichen Offizieren des ersten Infanterie-Regiments, des Schützen- und Jäger-Bataillons, des Husaren-Regiments, der Artillerie (mit Ausnahme eines Offiziers) und mehrerer Stabs-Offiziere der Kurfürst-Fürstlichen. General Haynau hat den Offizieren noch 24 Stunden Bedenkzeit gegeben und einwillen alle weiteren Maßregeln sistirt. — Eine Buchhandlung in Aschaffenburg (bairisches Observationscorps) hat von einer Buchhandlung in Kassel 10 Exemplare der Spezialkarte von Kurhessen verlangt, letztere aber das Verlangen nicht geliebt.

Am 8. Oktober ist der Prinz von Preußen nebst Gemahlin wieder in Frankfurt a. M. eingetroffen.

Am selben Tage ist der König von Sachsen nebst Gemahlin in Leipzig eingetroffen, und nach Dresden abgereist.

In Hesse-Darmstadt ist eine neue Ständeverammlung mit Befestigung des Wahlgesetzes von 1849 einberufen.

In Schleswig-Holstein trifft man Anstalten für den Winterfeldzug, welcher die im Sommer erhaltenen Schuppen ausgleichen soll. Dazu kann freilich die ernste Theilnahme Deutschlands viel beitragen.

Am 7. Oktober ist die Session der Generalstaaten der Niederlande eröffnet worden. Die Eröffnungsrede spricht sich dahin aus: man werde in Bezug auf Einbringung eine solche Politik einhalten, wie sie die Verträge und das Interesse der Niederlande erheischen.

## Preußen.

**Berlin, 10. Oktbr.** Sr. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem evangelischen Pfarrer Neuhaus zu Untertrop in der Diözese Hamm, und dem Bürgermeister Schimanski zu Hohenstein den rothen Adlerorden vierter Klasse, so wie dem Sergeanten Raumann des 32. Infanterie-Regiments und dem Musketier Steffens des 25. Infanterie-Regiments die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; die Wahl des bisherigen Oberlehrers, Professors Wichoff zu Düsseldorf zum Direktor der höheren Bürgerschule zu Xier zu bestätigen, und an Stelle des verstorbenen Konfuls Vigdor in Nizza den Kaufmann Julius Vigdor zum Konful daselbst zu ernennen.

Angekommen: Der Chef der preussischen Bank, Hansmann, aus der Rheinprovinz. — Abgereist: Sr. Durchlaucht der Fürst Georg zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, nach Dresden.

**\*\*\* Berlin, 10. Oktbr.** [Baiern und der s. g. Bundesstake scheinen Kurhessen im Stiche lassen zu wollen. — Die Union soll sich in eine Föderation auflösen. — Radowski und Manteuffel. — Der Prinz und die Prinzessin von Preußen.] Aus Kassel und Frankfurt sollen der Regierung gestern Abend eigenthümliche Nachrichten zugegangen sein: man versichert mich, daß Baiern in derselben Weise wie Hannover die Verwendung seiner Truppen in Kurhessen verweigert habe, und daß der engere Rath, der bisher energische Schritte von Seiten Preußens für eine Unmöglichkeit gehalten, auf die Nachricht von den letzten Beschlüssen des hiesigen Gouvernements sehr betroffen sei und der Ausführung seiner Pläne zu Gunsten des Kurfürsten zögere. Sollte nun gar der Kurfürst von seinen Ministern in der Eschenheimer Gasse im Stiche gelassen werden, auf deren Rath er seinen Weg des Verderbens bisher wandelte, so bliebe er mit seinem Unternehmen völlig in der Luft hängen und hätte kaum einen anderen Ausweg vor sich, als Abdankung, eine Eventualität, die hier bereits vielfach in Erwägung gezogen wird; gehört es doch zu den Liebhabergedanken des Hrn. v. Hassenpflug, daß beide Hesse vereinigt werden, welchem Ziele durch symmetrische Maßregeln in beiden Staaten entgegen gearbeitet wird.

Die jüngsten Beschlüsse über das Schicksal der Union nach dem 15. Oktober werden durch die Mittheilung, daß das Provisorium auf unbestimmte Zeit verlängert werden soll, nicht erschöpft, es liegen Vorschläge zu einer Art von Definitivum zur Berathung, über welche die Mitglieder des Fürsten-Kollegiums an ihre resp. Regierungen referirt haben. Ich erinnere Sie an eine frühere Mittheilung, daß eine Umwandlung der Union in eine Art von Föderation mit Parlamenten zu bestimmten legislativen Zwecken von mehreren Seiten befürwortet worden ist und nicht unwahrscheinlich den Inhalt jener Propositionen bildet.

Es bestätigt sich, daß Hr. v. Radowski eine zeitigere Einberufung der Kammern verlangt, als die Verfassung vorschreibt, um von ihnen ein Vertrauens-Votum für die deutsche Politik der Regierung zu extrahiren, sie auf dem parlamentarischen Gebiete durch die Mittel, die ihm zu Gebote stehen, für sich zu gewinnen und die bisher mühsam verhandelten Differenzen mit seinen Kollegen, unter denen er isolirt dastand, zu einer für ihn günstigen Entscheidung zu bringen. Hr. v. Manteuffel sträubt sich aus den entgegengesetzten Gründen gegen die Einberufung der Kammern vor der Mitte des November, so daß ein

Bruch innerhalb des Kabinetts möglicherweise noch vor diesem Termin stattfinden kann.

Der Prinz von Preußen wird auf den Wunsch des Königs am zwölften Oktober für unbestimmte Zeit Berlin besuchen; die Prinzessin wird sich den Winter hindurch hier aufhalten; man versichert, daß der Prinz an der schleppenden abwartenden Politik unserer Regierung wenig Freude habe und insofern mit ihr durchaus nicht einverstanden sei.

**Berlin, 10. Oktbr.** [Oesterreich und Preußen sollen in Kurhessen einmarschiren und demnach sind die Aussichten friedlich. — Durch die Umwandlung der Union in eine Föderation wäre eine Verständigung mit Oesterreich angebahnt. — Die badenschen Entschädigungs-Gelder. — Theater-Censur-Gesetze.] Nach den letzten Nachrichten, die aus Frankfurt und Kassel hier angekommen sind, ist es kaum mehr zweifelhaft, daß die preussischen Truppen, welche in diesem Augenblicke Marschordre bekommen haben, auch die hessische Grenze überschreiten werden, und ebenso daß ein Gleiches von Seiten Oesterreichs geschehen werde. Man fragt sich unter diesen Umständen voll Spannung, ob ein wirklicher erster Zusammenstoß die Folge davon sein werde, und antwortet fast einstimmig mit Nein. Ich weiß nicht, ob Herr v. Manteuffel das ihm untergeordnete Bismarck, wonach ein Kampf zwischen Preußen und Oesterreich einem japanesischen Duell gleiche, bei dem beide Theile sich gegenseitig den Leib ausschlagen, wirklich gemacht habe, nur das ist gewiß, daß es die hier vorherrschende Stimmung richtig ausdrückt. Die allgemeine Ansicht in Folge des Vordrängens der Truppen geht daher dahin, daß eine gemeinsame Befestigung des Kurfürstenthums Hesse stattfinden werde (2), ohne daß es deshalb zu einem Konflikte komme, daß gemeinsam dann eine Bewältigung der dortigen demokratischen Elemente stattfinden, und die ganze Sache mit einer Reorganisation des Kurfürstenthums in Kassel und mit der Entlassung Hassenpflug's als dem wahrscheinlich einzigen Zugeständnisse endigen werde. — Je näher der entscheidende Augenblick naht, desto deutlicher klären sich denn auch endlich die Ansichten über die Pläne auf, die man in Betreff der Union zum 15. hegt. Man scheint zu fühlen, daß es ein eitles Hoffen sei, nachdem man den günstigen Zeitpunkt zu einer definitiven Organisation derselben ungenützt hat verstreichen lassen, überhaupt noch wieder die Bedingungen eintreten zu sehen, um aus der Union einen lebenskräftigen Organismus zu gestalten. Da aber andererseits in der fortgesetzten Unschärfe der gegenwärtigen Unions-Verhältnisse schließlich das sicherste Mittel zu einer gänzlichen Auflösung derselben liegen würde, und da man endlich wohl auch auf ein Mittel sinnt, einer Verständigung mit Oesterreich näher zu rücken, so soll man sich denn nun im letzten Augenblicke dahin zu einigen beschließen haben, den ganzen unitarischen Charakter, der auf Grund des Bündnisses vom 26. Mai zusammengetretenen Staaten fallen, und ein engeres föderatives Verhältniß zwischen diesen Staaten eintreten zu lassen, und zwar so, daß die völlige und ungeschmälerte Souveränität jedes einzelnen erhalten bleibt, dieselben nur über ein durchweg gemeinsames Handeln und über einen gleichmächtigen Organismus sich vorweg einigen. Mit dem Fortfall dieses Unions-Charakters würde dann allerdings auch die Gemeinsamkeit des parlamentarischen Wesens von selbst wegfallen, und hiernach also der Sinn der hierüber bereits vor einiger Zeit von der „Neuen Preuß. Zeitung“ gegebenen Andeutung klar werden. Das Eine versichert man heute wenigstens bereits mit Bestimmtheit, daß es sich nach den neuesten Entschlüssen weder mehr um Verlängerung des Provisoriums noch um definitive Organisation der Union als solcher handle. Wahrscheinlich wird bereits in der morgenden 36. Sitzung des Fürsten-Kollegiums das Wesen der jetzigen Pläne genauer hervortreten, weshalb ich denn den weiteren Bericht bis dahin vorbehalte. — Man soll preussischer Seite gegenwärtig geneigt sein, auf die Beschlagnahme der badenschen Zollvereins-Einkünfte Befehl der bekannten Kriegsentchädigungs-Gelder vorläufig zu verzichten, um einigermaßen der ungünstigen Stimmung, welche sich in Baden immer mehr gegen Preußen geltend macht, entgegenzuwirken. Die definitiven Entschlüsse hierüber werden jedoch erst nach der Zurückkunft des Prinzen von Preußen gefaßt werden. — Im Ministerium des Innern ist man so eben mit Ausarbeitung eines Theater-Censur-Gesetzes beschäftigt, bei dem man das neue desfallsige französische Gesetz zum Muster nimmt. Dasselbe soll gleichfalls den nächsten Kammern vorgelegt werden.

**SS Berlin, 10. Oktbr.** [Das Verhalten der fremden Großmächte in Bezug auf den s. g. Bundesstake. — Die dänische Thronrede.] Wie sehr es wahr ist, was gleich beim Ausbruch des hessischen Konfliktes allgemein erkannt wurde, daß nämlich hier es sich entscheiden würde, ob der alte Bundesstake wieder zum Leben erwehen solle oder nicht, das bestätigt heute unter andern auch das Verhalten der fremden Großmächte. Es ist bekannt, wie große Mühe sich Oesterreich giebt, um im Auslande die Anerkennung der Frankfurter Versammlung als Bundesstake durchzusetzen. Man vernimmt jetzt, daß Frankreich erklärt hat, wie es diese Anerkennung gern auszusprechen würde, wenn jener „Bundesstake“ energisch und schnell in Hessen und Schleswig-Holstein einschritte. Rußland soll in demselben Sinne geantwortet haben, doch soll nur von Schleswig-Holstein die Rede sein. Dieser Spruch des Auslandes kann für den Bundesstake eine wahre Spinnwebfabe werden, wenn Preußen nur diesmal von den gefassten Entschlüssen nicht abgeht.

Oesterreich ist von Kurhessen zu weit entfernt, als daß es so schnell dort interveniren könnte, selbst wenn es endlich die Absicht hätte. Baiern oder andere Kleinstaaten dürften aber wohl einmal zusehen, ehe sie Preußens Zorn herausfordern. So ist denn Preußen in jeder Beziehung in der Lage, allen Interventionen entgegenzutreten, bei ihm steht es allein, die Verbindungsstellen zu vorzuziehen, bei ihm steht es allein, die Verbindungen, welche die fremden Mächte an die Anerkennung des „Bundesstages“ geknüpft haben, unauflösbar zu machen. Was von Kurhessen gilt, gilt alles von Schleswig-Holstein in noch viel stärkerem Grade, wie wir dies schon neulich näher ausgeführt haben. Es ist hinreichend bekannt, daß ein österreichischer Diplomat in Frankfurt, als man ihn fragte, warum man denn nicht das Inhibitorium gegen Holstein erlasse, im Vertrauen bemerkte, wie man doch einem solchen Beschluß dem Willen Preußens zuwider unmöglich Nachdruck verschaffen könnte. Also den

Bundesstake „unmöglich“ machen, das ist die Aufgabe des Herrn v. Radowski und diese Aufgabe liegt im Bereiche des „Möglichen“, in dem er sich ja angeblich bewegen will. — Die Nachrichten, daß Frankreich, England und Rußland die beiden kriegsfähigen Parteien in Schleswig auffordern wollen, die Feindseligkeiten vorläufig einzustellen, bestätigt sich, über die weiteren Vorschläge weiß man jedoch noch nichts Gewisses. — Großes Ersauern hat der Passus in der dänischen Thronrede hervorgerufen, worin es heißt: „Die Verhältnisse in Deutschland haben auch beigetragen, daß das landesväterliche Wort, das wir an unsere misleiteten Unterthanen mit der Zusage königlicher Bewilligung einer Einberufung aus den verschiedenen Theilen der Monarchie erwählter Männer zur vorläufigen Ordnung der freitragenden Verhältnisse gerichtet haben, bis jetzt ohne Wirkung geblieben ist. Nachdem dieser Versuch mit feindlicher Herausforderung aufgenommen, blieb nichts anders übrig, als dem Aufbruch mit den Waffen entgegenzutreten.“ — Das heißt denn doch, der Wahrheit auf eine ledte Weise ins Gesicht schlagen. Die Geschichte der von der Statthalterchaft abgesandten Vertrauensmänner und ihrer Aufnahme in Kopenhagen ist zu bekannt, als daß es mehr als eines Himmels darauf bedürfte, um jenen Passus der Thronrede zu würdigen, wie er es verdient. In Frankreich wird dies aber natürlich wieder ausgebeutet werden, um die Friedensliebe des Königs von Dänemark bis in den Himmel zu erheben.

[Eine ministelle Erklärung.] Der früher von uns mitgetheilte Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 20. Juli d. J. wegen Gründung resp. Beibehaltung besonderer Armenverbände innerhalb der neu zu bildenden Gemeinden ist zum Theil unrichtig aufgefaßt worden, weshalb sich der gedachte Herr Minister veranlaßt gefunden hat, unterm 9. d. M. nachstehende Erklärung an die betreffenden Behörden zu erlassen:

Ausdrücklich sei es ein Irrthum, wenn angenommen werde, daß die Absicht des Ministeriums vom 20. Juli d. J. dahin gehe, die neu zu bildenden Gemeinden von der ihnen durch das Gesetz vom 31. December 1842 auferlegten Armenlast vollständig zu befreien. Da dieser Punkt bereits von einer andern Seite der zur Sprache gebracht worden und die diesbezügliche Auffassung des Ministeriums der Gemeinden zu den Special-Armenverbänden in dem darauf erlassenen Bescheide hinlänglich entwickelt sei, so beschränke man sich darauf, Abstrich des betreffenden, gleichfalls früher von uns mitgetheilten Ministeriums vom 8. September d. J. zur Kenntnissnahme und Beachtung mitzutheilen.

Was die fernere Frage anlangt, ob es zulässig sei, in einem Gemeinde-Statute Anordnungen darüber, in welcher Weise die verschiedenen Verpflichtungen vertreten werden sollen, um als besondere Armenverbände dazustehen und in Anspruch genommen werden zu können, zu treffen, so erledigt sich ein jedes diesbezügliche Bedenken durch die ganz allgemein lautende Fassung des § 8 der neuen Gemeindeordnung (S. 2) welche von den durch ein Statut zu regelnden Gegenständen die bezeichneten in keiner Weise ausschließt. Uebrigens handelt es sich in der vorliegenden Frage keineswegs, wie angenommen worden, um die Verleihung neuer Korporationsrechte durch das Gemeindebath, sondern nur darum, daß eine bisher bestandene Korporation zur Erfüllung eines ihrer früheren Zwecke auch ferner erhalten, und ihr zu dem Ende eine organische Einrichtung gegeben werden solle.

Die rüchliche Trennung der Armenpflege in den Gemeinden angeregten Bedenken erscheinen vom rein administrativen Standpunkte aus allerdings nicht ganz unbegründet, sie schwinden aber, wenn man vom sachlichen Standpunkte aus erwägt, daß die Armenpflege in der Regel am besten und am wirksamsten freiwillig gewährt werde, je näher die Infanz, welche für deren Leistung zu sorgen hat, dem zu unterstützenden Individuum stehe, und daß die Gleichförmigkeit der Verwaltung nie Zweck, sondern nur Mittel sein dürfe, und auch letzteres nur, soweit der wahre Vortheil der Administrierten darunter nicht leide. Uebrigens sei von einer allgemeinen Durchführung jener Maßregel nicht die Rede, vielmehr die Absicht nur dahin gerichtet, in einzelnen Fällen durch die Ermöglichung einer Trennung der Armenpflege durch Einverständnis sämtlicher Theilhaber, ein Hinderniß hinwegzuräumen, welches der ohnehin so schwierigen Gemeindebildung entgegenstehe.

Es sei gewiß alle Veranlassung vorhanden, der naturgemäßen Zusammengehörigkeit bei Bildung der Gemeinden Rechnung zu tragen und auf diese Weise die überwiegend wichtigen politischen Zwecke der Gemeinde-Ordnung zu fördern, selbst wenn man zu dem Ende gewisse einzelne Inconvenienzen und Anomalien einzuweisen befehlen lassen müßte.

Endlich mache der Minister noch darauf aufmerksam, daß die bestehenden gesetzlichen Vorschriften wegen der Freiwilligkeit durch die Einrichtung besonderer Armenverbände innerhalb der Gemeinden nicht abgeändert, mithin das Verzeihen aus dem Bereiche eines Specialarmenverbandes in den des andern auch nicht den Förmlichkeiten und Beschränkungen unterworfen werden könne, denen das Verzeihen von einer Gemeinde in die andere nach dem Gesetze vom 31. December 1842 unterliege. Eben so wenig können Freiwilligkeiten, welche zwischen zwei Gemeinden zu einer und derselben Gemeinde gehörenden Specialarmenverbänden über die Verpflichtung zur Verpflegung einer verarmten Person auferlegt seien, nach dem Gesetze vom 31. December 1842 über die Armenpflege entschieden werden, da die Bestimmungen dieses Gesetzes nur auf die hinsichtlich der Armenpflege bestehenden Beziehungen einer Gemeinde zu der anderen Anwendung finden. Es sei daher, um späteren Zweifeln und Streitigkeiten vorzubeugen, angemessen, daß über die verschiedenen Fälle, in denen eine Verpflichtung der Specialarmenverbände zur Armenpflege eintreten solle, geeignete Bestimmungen in dem Gemeinde-Statute getroffen werden.

[Der Vortrag], mit welchem Hr. v. Radowski dem Fürstenkollegium in der letzten von ihm präsidirten Sitzung den Zustand der kurhessischen Angelegenheit darlegte und die Linie bezeichnete, welche Preußen in dieser Sache ferner einzuhalten gedenke, lautet nach dem gedruckten Protokolle folgendermaßen: „Die künftige Regierung sieht in der Gestaltung der kurhessischen Angelegenheiten den nächsten Gegenstand der deutschen Verfassungsfrage. Sie erkennt an, daß die in Frankfurt unter der Bezeichnung des früheren Bundesstages zusammengetretene Versammlung von Vertretern einzelner deutscher Regierungen, gelänge es derselben, ihren Entschlüssen eine eingetretene thatsächliche Folge zu geben, im Besitze der Regierung über Deutschland erscheinen könnte, welcher Regierung alsdann die Frankfurter Versammlung ablehnenden Regierungen nur noch als Remittenten entgegenstünden. Dieser eventuellen Thatsache gegenüber spricht die künftige Regierung es hier nochmals als ihren obersten leitenden Grundsatz aus, daß die Beschlüsse des sogenannten Bundesstages in Frankfurt für sie rechtlich nichtig und wirkungslos sind, und daß sie der Publikation solcher Beschlüsse die öffentliche Erklärung ihrer rechtlichen Nullität vorzuziehen entgegenstellen wird. Bei der weitem Frage über den Vollzug solcher Beschlüsse wird die künftige Regierung unterscheiden zwischen Beschlüssen, die ihre Anwendung auf Staaten finden sollen, deren Regierungen bei dem sogenannten Bundesstake betheiligt sind, und jenen andern Beschlüssen, die sich auf die Regierungen der Staaten beziehen, die diese Mittheilung von der Hand gewiesen haben. Für den Kreis der



letzten Staaten bekannt sich die k. Reg. hinsichtlich der Anwendung sogenannter Bundesbeschlüsse zu einem absoluten Interdikt. Sie erklärt, daß sie innerhalb dieses Kreises den Vollzug rechtlich nichtiger Beschlüsse nicht duldet, daß sie entschlossen ist, dem Verstoß, solchen Beschlüssen eine tatsächliche Folge zu geben, mit den in diesem Falle erforderlichen Mitteln entschieden und ausreichend zu begegnen. Bezüglich der Anwendung sogenannter Bundesbeschlüsse auf den Bereich von Staaten, deren Regierungen an diesen Beschlüssen Theil genommen, wird sie jedesmal den einzelnen Fall ins Auge fassen und dabei in Erwägung ziehen, ob sich derselbe als indifferent darstellt, oder aber ob er für Preußen und die mit ihm gemeinschaftlich handelnden Staaten überhaupt für das gesammte Vaterland ein höheres Interesse berührt. Als einen Fall der Vorbehalte, womit der sogenannte Bundesbeschluss vom 22. September d. J. schließt, und dem die k. Reg. eventuelle Handlung entgegenstellt, sich zu einem faktischen Eingreifen in die höchst belangreichen kurbesessenen Verwicklungen fügen sollte. Die k. Reg. Regierung kann ein solches Vorgehen einer in ihren Augen völlig nichtigen Autorität nur für entschieden nachtheilhaft halten und sie hält sich für verpflichtet, dasselbe, wenn es zu ihrem Bedauern eintreten möchte, energisch zurückzuweisen. Dies sind die Ansichten und Ueberzeugungen der k. Reg. Regierung, wonach sie bisher in der kurbesessenen Angelegenheit gehandelt hat und ferner handeln wird. (H. Bremer 3.)

**Vermischte Nachrichten.** Wie man hört, werden jetzt folgende Truppenbewegungen statt haben. Es gehen das erste und zweite Bataillon des 14. Inf.-Regiments nach Erfurt, das 19. Regiment ebenfalls, das Füsilier-Bat. des 14. Regim. nach Mittenberg, das 2. Bat. des 9. (Colberg'schen) Regim. nach Torgau, das Füsilier-Bat. des 9. Regim. nach Berlin, das 8. (Reib.) Regim. nach Frankfurt a. O. und Küstrin, das 2. Bat. des 2. Regim. nach Charlottenburg. — Das Kommando über die bei Erfurt zu konzentrierenden Truppen ist dem Fürsten Radziwill übergeben worden.

Ueber die Einberufung der Kammern ist uns aus zuverlässiger Quelle berichtet worden. Aus hiesigen Rückichten werden die Kammern erst im November und zwar gegen die Mitte dieses Monats eröffnet werden. Darüber aber soll im Ministerialrat verschiedene Meinungen geherrscht haben, ob das Budget für 1851 sofort bei Eröffnung der Kammern vorgelegt werden solle, oder erst später. Die alten Glieder des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel haben sich in ihrer Mehrheit für sofortige Vorlegung ausgesprochen, um auf diese Weise einerseits eine allgemeine Antwort auf die Frage einer Billigung ihrer gesammelten Politik zu erhalten und andererseits den Staatshaushalt in geregelte Bahn zu bringen. Die Minorität soll beabsichtigt haben, das Budget erst später vorzulegen und vorerst nur eine Billigung der in der deutschen Frage ergriffenen Maßregeln nachzusuchen.

Der ehemalige Minister des Auswärtigen, wirkliche geheime Rath, Freiherr v. Schleinitz, ist gestern von seiner Reise zurückgekehrt. Derselbe wird nicht, wie eine hiesige Zeitung berichtet, als diesseitiger Gesandter nach Paris gehen, vielmehr vorläufig Wartegeld beziehen und als Mitglied der zweiten Kammer während der Zeit der Kammeression in Berlin verbleiben. (N. P. 3.)

Die Gräfin Brandenburg wird ihren Gemahl nach Warchau begleiten. Wir hören, daß dies auf die ausdrückliche Einladung Ihrer Majestät der Kaiserin von Rußland geschieht, welche die Frau Gräfin zu sehen wünscht.

Das ministerielle Ausschreiben, die Einberufung der Kammern betreffend, soll, wie wir hören, gegen Ende dieses Monats erfolgen.

In Betreff der Vorfälle in Inowracław ist sowohl von Seiten des Herrn Ministers des Innern als dem des Krieges eine Untersuchung angeordnet worden. Die beiden Chefs sollen sehr unzufrieden mit jenen Vorgängen sein. (Const. 3.)

Die Ertheilung des schwarzen Adler-Ordens an Hrn. v. Meyendorff wird als die Anbahnung eines freundschaftlichen Einverständnisses zwischen Rußland und Preußen bezeichnet. (C. B.)

Der Direktor der Bank zu Königsberg Herr Mac-Lean hat aus dienlichen Rücksichten sein Mandat als Abgeordneter zur II. Kammer für den Wahlbezirk Memel-Hevelin niedergelegt. Eben so hat der Abgeordnete zur II. Kammer für den Wahlbezirk Stolp-Lauenburg, Witow-Kummelsburg, Kaufmann Rudolph Geers zu Stolp wegen Krankheit sein Mandat aufgegeben. Neuwahlen werden unverzüglich stattfinden. — Der Kreisgerichtsdirektor Wastle zu Züllichau hat das Mandat als Abgeordneter zur II. Kammer für den 4. Wahlbezirk (Züllichau-Friedenau) mit Rücksicht auf seine definitive Ernennung zu seinem jetzigen Posten niedergelegt.

Am 8. d. M. kamen hier 676 Personen an und reisten 557 ab. — Angekommen: Der kaiserliche österreichische Kabinets-Rat v. Dabritz von Wien. Abgereist: Der schleswig-holsteinische Departements-Chef Krantz nach Kiel.

Bis zum 8. Mittags waren als an der Cholera erkrankt gemeldet 1092, Zugang bis zum 9. Mittags 13, Summa 1105. Davon sind gestern 377, gestorben 632, in Behandlung geblieben 96. Unter den zuletzt gemeldeten 13 sind 4 Todesfälle.

Im Monat September liefen sechsmal in Königsberg 126 Schiffe ein und gingen 142 Schiffe von dort in See. — An dem Festungs- und inneren Einrichtungen der Kaiserin aus Herzogthum vollen und letztere seit dem 1. d. M. von 2 Bataillonen des 3. Infanterie-Regiments besetzt. Bei den Befestigungsarbeiten wurden 335 Arbeiter beschäftigt. Die Auffüllung des Philippobadens, auf welchem die Gebäude der Eisenbahn errichtet werden sollen, hat begonnen.

**Wiesbaden, 10. Okt.** Ihre Majestäten der König und die Königin sind auf Sanssouci wieder eingetroffen.

**Inowracław, 7. Okt.** [Die Theresien-Angelegenheit.] Ich kann nicht umhin, meinen beiden Verehrten über das hier stattgehabte Gefecht zwischen Theresien und unseren Truppen heute schon wieder einen dritten folgen zu lassen, weil die Sache in verschiedenen fremden Zeitungen nicht getreu dargestellt ist. — Was ich Ihnen eingeleitet, habe ich so weit mit angehängt, bis der Kampf außerhalb der Stadt fortwauerte und so weit kann ich auch die Wahrheit meines Berichtes verbleiben. Zu berichten habe ich insofern, daß der an der Stirn leicht verwundete Dragoner seine Wunde nicht durch ein Wurfmesser, sondern durch einen Säbelhieb erhalten, und daß man über dem Grabe der Theresien keine Salve gegeben hat. Was die Fortsetzung meines Berichtes, d. h. die Zeiten über den Kampf mit den letzten 5 Flüchtlingen und deren Schicksal betrifft, nachdem sich derselbe von den verbleibenden hatten, so habe ich die Nachricht darüber von den zuverlässigsten, mir längst als wahrheitsliebend bekannten, Augenzeugen. — Ueber den vom Hrn. Rittermeister v. Slow angeordneten Entwaffnungsplan hört man hier verschiedene Urtheile von Sachverständigen und Laien. Das ist wahr, und wer die Dürftigkeit hier kennt, wird zugeben müssen, daß den Flüchtlingen durch Dragonerabteilungen jeder Ausweg hätte abgeschnitten werden können; denn während dieselben vor die Kaserne geführt wurden, war es ein Leichtes, zwei Dragonerabteilungen vom Hinterhofe der Kaserne abzuschneiden und sie zu beiden Enden der betreffenden Straße in dieselbe einzumäuen zu lassen. Aber der Herr Rittermeister hat jedenfalls, weil das Publikum mit eingeschlossen worden wäre, die Absicht gehabt, das Gefecht aus der Stadt zu leiten und es fragt sich, ob er von zwei notwendigen Uebeln nicht das kleinste gewählt? — Ob die Theresien, jedes Ausweges beraubt, sich durchzuschießen versuchte, oder um Mordon gebeten, oder sich in die Häuser geflüchtet und aus denselben gefeuert hätten, und welches Unglück das größere gewesen wäre — wer vermag das zu beweisen? — Ob es nöthig war, um der letzten 5 Flüchtlinge habhaft zu werden, ein Wortwort zu opfern und dadurch

einen Schaden, der zwischen 10 und 20,000 Thln. verschieden angegeben wird, herbeizuführen, darüber mögen die Strategiker ihr Urtheil abgeben. — Die Schwadron hat im Ganzen 2 todt und 7 verschiedenartig verwundete Pferde; von den Theresienpferden sind ebenfalls 2 todt und einige leicht verwundet. — Heute wurde dem Publikum unter Trommelschlag in Erinnerung gebracht, daß etwa gefundene oder den Ueberläufern abgenommene Sachen an die Behörde abzuliefern sind. — Die Theresien, die letzten 6 Mann, sind alle noch am Leben; der unverwundete von ihnen, ein 16-17jähriges Büschchen, sitzt im Gefängnisse des hiesigen Kreisgerichts und wünscht sehnlichst eine Geige, die ihm aber schon insofern verweigert wird, als durch sein Spielen die nebenan sitzenden Gefangenen zu unruhig werden könnten. — In der Nacht zum 2. Oktober sind auch wieder 2 Spitzbuben aus dem hiesigen Gefängnisse entsprungen, doch hat man einen noch aufgegriffen. (Posener 3.)

**Düsseldorf, 7. Okt.** [Militärisches.] Es verbreitet sich schon seit gestern das Gerücht und findet heute immer mehr Glauben, daß alle Kriegesreserven, die erst kürzlich entlassen sind, wieder eingezogen seien. Rekruten sind hier seit einigen Tagen eine sehr große Zahl. (Nach. 3.)

### Deutschland.

**Kassel, 7. Okt.** [Nachträge aus der neuen hiesigen Zeitung über die Vorgänge am 7. u. 8. Okt.] Die beiden nach Wilhelmshafen abgeordneten Offiziere sind heute zurückgekehrt, ohne auf ihre rücksichtlich des mittelst der Militär-gewalt versuchten gewaltsamen Rechts und Verfassungsumsturz gemachten Vorstellungen eine Antwort mitgebracht zu haben. Inzwischen fährt der sogenannte „Oberbefehlshaber“, wenn auch nicht mit größerem, doch mit kleineren Vergewaltigungen fort. Die Zeitungen — Preßen werden nach wie vor militärisch besetzt und am Fortdrucken verhindert; ja man hat sich oberbefehlshaberseits sogar unterstanden, der kurfürstlichen General-Postinspektion den weiteren Vertrieb der kasselschen politischen Blätter zu verbieten, ein „Verbot“, wovon die Behörde natürlich keine Notiz genommen hat. Der nun bereits vier Tage im Kassel festgehaltene Obergerichts-Anwalt, Landtags-Abgeordneter Detter war heute Nachmittag noch nicht einmal verhört worden, obwohl die in der Verfassungskunde für jeden Staatsbürger festgesetzte Frist nun wiederholt verstrichen ist. Man kann den Hohn auf die Landesverfassung und auf die Gerechtigkeitspflege nicht ärger treiben, als es in diesem Falle geschehen ist, wo alle möglichen verfassungsmäßigen Garantien umgeworfen, die Requisitionen der zuständigen Staatsbehörden mit ungemessenen Antworten zurückgewiesen, die Ansprüche des Obergerichts nicht befolgt, ja endlich sogar den Befehlen der Militär-Justiz-Behörden Mißachtung entgegengezeigt wird.

Auf die Anfrage der Staatsprokurator, wer denn nun eigentlich die augenblickliche Untersuchungsbehörde sei, welche sich des Herrn Detter bemächtigt habe und bei welcher die Staatsbehörde ihrer Pflicht der Verfassungssicherung der Behandlung des Verhafteten genügen könne, wurde ihr von dem Kasselkommandanten Kleinert die naive Antwort, daß er, der Kasselkommandant, diese Behörde vorstelle. Wäre die Sache nicht so empörend erst, man könnte an die Ritter- und Ritterschichten des Mittelalters oder an die verurtheilten Schloßer der Fabel denken, aus denen es für die Gefangenen keinen Ausgang giebt. Jedenfalls erinnert sie an die Gewaltthaten und rohe Rechtsverwöhnung solcher Zeiten, welche man längst untergegangen glaubte.

Fast scheint es in der That, als ob der „Oberbefehlshaber“, welcher sich an dem intendirten großartigen Verfassungsumsturz im Ganzen und Großen augenblicklich verbergt, dafür in dem vorliegenden einzelnen Falle durch geistliche Häufung der Rechtsverletzung an Verfassung und Recht seine grenzenlose Verachtung auslassen wolle. Heute Nachmittag hat ihm seine unmittelbare vorgesetzte Militär-Justiz-Behörde, das Garnisons-Auditorat befohlen, den ganz widerrechtlich betirneten Hrn. Detter sofort freizulassen. Auch dieser Befehl ist bis jetzt nicht respektiert worden, was freilich auch nicht zu erwarten steht, nachdem der „Oberbefehlshaber“ sich nicht genirt, obgleich er in Untersuchung genommen ist und die gewichtigsten Erkenntnisse gegen sein verfassungswidriges Treiben vorliegen, nichtsdestoweniger nach wie vor in demselben zu beharren. Statt der sofortigen Freilassung, soll er dem Verhafteten gestattet haben, künftig täglich eine Stunde im Kassel spazieren gehen, jedoch die Wälle nicht betreten zu dürfen. Unter diesen empörenden Umständen wäre es wohl endlich an der Zeit an das kurfürstliche Garnisons-Gericht die Frage zu richten, wie diese fortgesetzten Gewaltthaten sich mit den Erkenntnissen kurfürstlichen General-Auditorats und mit der wegen der schwersten Staatsverbrechen anhängigen Untersuchung gegen den Angeklagten v. Haynau vereinigen lassen und ob das Publikum endlich hoffen darf, von den ferneren Gewaltthaten des Mannes durch seine durch die Schwere der begangenen Verbrechen ohnehin gebietend bringende Verhaftung befreit zu werden. Obergerichtsrath-Beisitzer in Sachen des Dbergerichtsanwalt St. Detter, Klägers, gegen den Staatsanwalt der Provinz Niederrhein, Verklagten, wegen Eingriffe in die persönliche Freiheit.

Wird, da Verklagter weder die Befolgung des Mandats vom 5. d. M. im anberaumten Termin nachgewiesen, noch Einwendungen gegen dasselbe vorgebracht hat, das gedachte Mandat lediglich bestätigt und dem Verklagten dessen Befolgung, so weit sie nicht bereits erfolgt sein sollte, bei Abweisung der Hülfsvollziehung binnen 12 Stunden aufgegeben, auch dasselbe in die Angeklagten auf 1 Thlr. 8 Gr. bestimmten Kosten des weiteren Verfahrens verurtheilt. W. R. W. Erkennt Kassel, am 7. Oktober 1850.

Kurfürstl. Hess. Obergericht, vereinigter Civilkammern. (Hess. Endemann.)

**8. Oktober.** Die zwölftägige Frist des vorstehenden Bescheides ist abgelaufen und sofort auf Hülfsvollziehung angetragen, die noch heute erkannt und vollzogen werden muß.

Gestern Nachmittag hat das hiesige Garnisonsgericht nach einem mit dem Lieutenant v. Cornberg und andern bei der Verhaftung des Herrn Detter gegenwärtigen Personen vorgenommenen Verhör sowohl dem Generalleutnant v. Haynau als dem Kasselkommandanten die sofortige Freilassung Detters aufgegeben. Bis jetzt ist die Freilassung nicht erfolgt, doch, hoffe ich, wird das Garnisonsgericht, das hierin gleichsam auf Befehl des General-Auditorats handelt, seinen Aussprüchen nöthigenfalls mit Waffengewalt Kraft zu verleihen, und die, welche sich widersetzen sollten, unschädlich zu machen wissen.

Von Frankfurt ist uns die Nachricht zugegangen, daß, als vor einigen Tagen Hassenpflug im Gefolge des Kurfürsten in eine Loge ersten Ranges im Theater trat, von allen Seiten ein hundertstimmiges: „Hinaus mit dem Falscher, fort mit Hassenpflug!“ bereits begonnene Aufführung so lange unterbrach, bis der Verhaftete sich aus dem Theater entfernte. Ein gleiches Loos wird ihm überall zu Theil werden, wo er sich zeigt und erkannt wird.

Morgens halb 9 Uhr. So eben werden alle Druckereien mit Militär besetzt, und ist dadurch das Erscheinen dieser Zeitung abermals bedeutend erschwert.

Der Lieutenant Bauer ist nicht verhaftet worden, sondern derselbe hat sich durch seine Handlungsweise die Verachtung des ganzen Offiziercorps in solchem Grade zugezogen, daß Niemand mehr mit ihm verkehrt. Der Chef der Artilleriebrigade, bei welcher Bauer steht, Oberst-Lieutenant Petri, hat sich die neuesten Vorgänge so zu Herzen genommen, daß er jetzt das Wort hätte müssen. In diesen Tagen liegen sich die beiden großdeutschen Agenten, Hr. Florentz und W. Obermüller, hier bilden. Sie haben sich jedoch bald wieder davon gemacht, als sie sahen, daß die Polizeigewalt noch nicht in den Händen Haynau war. Mit wahrer Sehnsucht sieht man jetzt dem Einmarsch der preuß. Truppen entgegen, damit hierdurch das Land vor größerem Unheil bewahrt werde. Unsere Rechtszustände sind der vollsten Auf-

lösung nahe. Kein Gericht wird mehr von Haynau anerkannt, kein Richterpruch mehr heilig gehalten. Das sind die unglücklichen Folgen jener Schwäche, welche das Oberappellationsgericht und das General-Auditorat an den Tag legten zu einer Zeit, wo durch einen raschen energischen Beschluß alle diesem belagerten Unheil hätte ein Ziel gesetzt werden können. Hätte das Oberappellationsgericht die Verhaftung und Suspension der drei Minister erkannt, so wäre damit der ganzen Sache ihre Spitze gebrochen. Hätte das Generalauditorat die Verhaftung Haynau am Freitag befohlen, sie wäre ausgeführt und dadurch dessen Treiben ein Ende gemacht. Nun erfolgt ein solcher Beschluß aber erst gestern, nachdem der General Haynau das Generalauditorat bereits aufgelöst hatte. Der Kommandant erklärt, Haynau nicht verhaften zu können, weil das militärische Mitglied des Generalauditorats, General Urff, bereits suspendirt sei, und der Verhaftungsbefehl dessen Unterschrift nicht trage. Heute Abend waren die Stabsoffiziere beim General Haynau versammelt. Was dort geschah, weiß man nicht. Morgen soll die gewaltsame Auflösung der Bürgerwehr vor sich gehen. Mit diesem Akt werden aber auch gleichzeitig die Stabs-offiziere ihrer Demissionen einreichen. Die Offiziere werden natürlich sofort folgen. (Reform.)

**Kassel, 9. Okt.** [Tagesbericht.] Detter befindet sich noch in Haft und die sämtlichen Druckereien sind besetzt. Eine „Neue Hessische Zeitung“ ist heute bis jetzt nicht erschienen. — Gestern Abend war die Stadt von Gerüchten aller Art durchkreuzt. Wir lassen sie auf sich beruhen und referiren vor wie nach nur Gakta. — Eine Abtheilung Kurfürstl. Husaren hatte gestern Abend Befehl, sich bereit zum Auflösen zu halten und die Vermuthung ging dahin, daß Verhaftungen in Masse vorgenommen werden sollten. Der bleibende landständische Ausschuss brachte die ganze Nacht im Ständehause zu. — Um 8 Uhr versammelte der sogenannte Oberbefehlshaber das Offiziercorps der Garnison bei sich im Schloße Bellevue. Hier hielt er wieder eine Ansprache an dasselbe, worin er einen Versuch machte, die Verfassungsmäßigkeit seiner Handlungen darzulegen und daß er im Interesse der Aufrechterhaltung der Verfassung arbeite, die Oesterreich ganz vernichtet wissen wolle. Er sei es ja gerade, der im Jahre 1831 dem Offiziercorps den Eid auf die Verfassung abgenommen habe und somit werde er doch wohl wissen, was für oder wider dieselbe sei. Sie sollten bedenken, daß hier nur der § 108 in Betracht komme; sobald eine Verordnungscontrasignatur sei, so erlange sie Glaubwürdigkeit und Vollziehbarkeit. Das Offiziercorps hielt sich vor, die Erklärung heute abzugeben, und sie ist in einer Weise erfolgt, daß Deutschland mit uns stolz darauf sein wird. Die Offiziere der Garnison Kassel haben ihren Abschied mit der Erklärung verlangt, daß sie bis zur Ertheilung desselben in Dienste bleiben, sich jedoch nicht zur Ausführung der verfassungswidrigen Verordnungen gebrauchen lassen! — Diese Erklärung ist abgegeben von den Offizieren des ersten Infanterie-Regiments einstimmig, des Schützenbataillons einstimmig, eines Husarenregiments einstimmig, der Artillerie und dem Jägerbataillon gegen eine Stimme. — Haynau hat ihnen wieder nach 24 Stunden Bedenkzeit gegeben. Die Pergar'sche Buchhandlung in Kassel hat von der J. Leidenhardt'schen Buchhandlung dahier 10 Exemplare der Heibertschen großen Karte von Kurfürstentum mit umgehender Post verlangt, diese hat unter den jetzigen Verhältnissen es jedoch nicht im Landesinteresse für ratsam erachtet, nach Kassel die Sendung zu machen und hat sie verweigert.

**Hannau, 8. Okt.** Mit außerordentlicher Spannung erwartet man Nachrichten von Kassel, in Bezug auf das nach der Rückkunft des Deputirten des Militärs (Oberleutnant Hillebrand) eingehaltene weitere Verfahren der Militärjustiz. Der Grund, weshalb hier noch in keiner Weise von dem Befehlshaber vorgeschritten wurde, liegt zunächst in dem Mangel eines Angriffspunktes, insbesondere einer (den Umständen nach) gefährlichen Presse. Außerdem hört man, daß Se. k. Majestät die Kurfürst auf den angeblichen Plan Hassenpflugs, nach Fulda überzusiedeln, nicht eingehen will. — Man sagt, daß Hr. Hassenpflug in der Kürze eine auf sein Verfahren bezügliche Denkschrift zu größerer Publizität bringen werde. — Ueber den Erfolg der besondern Thätigkeit des Oberappellationsgerichtsraths Elvers verlautet nur, daß derselbe zur Ausführung und Klarstellung seiner gegen die Ministerialhandlungen während seiner Audienz gerichteten Deduktion ein Schriftstück aufgesetzt und, wie nicht zu bezweifeln, übergeben hat. (D. P. M. 3.)

**Karlsruhe, 7. Okt.** [Prinz Friedrich.] großherzoglich. Hoheit ist gestern nach Konstanz abgereist, und wird nach der in den nächsten Tagen in Regensburg erwarteten Ankunft des Kaisers von Oesterreich sich dahin begeben, um Se. Majestät im Namen und Auftrage Sr. kgl. Hoh. des Großherzogs in der Nähe der bairischen Grenze zu bewillkommen.

Bei der vorgestrigen Abendstunde bei Hofe nahm ein Ausspruch aus hohem Munde die ungetheilte Aufmerksamkeit in Anspruch. Im Hinblick nämlich auf die Abberufung der österreichischen Bevollmächtigten bei der Bundes-Central-Kommission in Frankfurt a. M. wurde geäußert, daß dieselbe als eine Kriegs-Erklärung zu betrachten, und nun, da Preussens Gebuld erschöpft sei, das Schwert zwischen ihm und Oesterreich entscheiden müsse. (Bad. Lanb.)

**Seidelberg, 8. Okt.** [Der Prinz von Preußen.] Unsere Stadt hat heute einen feierlichen Anblick. Badische, deutsche und preuß. Fahnen wehen aus allen Fenstern zu Ehren Sr. kgl. Hohheiten des Prinzen und der Prinzessin von Preußen. Die vier Dekane der hiesigen Universität machten Sr. königl. Hoheit ihre Aufwartung. Im Laufe des Gesprächs, das die Politik der Gegenwart betrafte, soll der Prinz geäußert haben, daß Preußen bisher alles Mögliche gethan habe, um die Einigung Deutschlands zu Stande zu bringen, Alles aber gescheitert sei. Se. königl. Hoheit ging Vormittags von hier ab. Die Prinzessin verließ, nachdem die Muff der hiesigen Garnison unter den Fenstern des Hotels zum Prinzen Karl, wo Sr. kgl. Hoheiten abgetrieben waren, ein Ständchen gebracht, mit dem Dreihüßler der Eisenbahn unsere Stadt und begab sich nach Friedrichefde. Zwei Eilboten sind heute an den Prinzen von Preußen hier eingetroffen. (D. P. M. 3.)

**Frankfurt, 9. Okt.** [Der Prinz von Preußen.] und die Frau Prinzessin sind gestern Abend von Karlsruhe hier eingetroffen und unverzüglich nach Mainz weiter gereist. Ihre königl. Hoheit begeben sich von dort heute nach Koblenz. Der Prinz von Preußen wird hingegen nach Münster der preuß. Garnison heute Abend von Mainz wieder hier erwartet. (F. 3.)

[Die „hohe Bundesversammlung.“] hat den deutsch-bänschen Vertrag ratifizirt. Winnen Kurgen wird der königlich bairische Bundestagsdeputirte für Holslein und Lauenburg, Herr Baron v. Bälou, nach stattgehabtem Austausch der Ratifikationsurkunde, Anträge in Bezug auf das Herzogthum Holslein stellen, zunächst auf ein an die sogenannte Statthalterchaft zu richtendes Inhibitorium, sodann auf eine Reduktion der dortigen Armee auf ein Drittel, in letztem Falle auf Verzinsung des Herzogthums durch Bundesverpflichtung. Es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß die „hohe Bundesversammlung“, welche offenkundig die Interessen Deutschlands zu wahren auf das Mannhafteste befreit ist, diese Vorschläge des Herrn Baron einhellig billigen wird. Um diesen Preis wird sie dann auch aller Wahrscheinlichkeit nach die Gunst der Großmächte erringen, und es wird ihr am Ende die hohe Freude zu Theil werden, sich für eine solche Liebe zu den Herzogthümern von den

fehlen hier beglaubigten Großmächten aufs Neue anerkannt zu sehen. (Frankf. 3.)

**Wiesbaden, 8. Oktober.** [In der heutigen Sitzung unserer Kammer] erwiderte auf Raht's Interpellation Ministerpräsident v. Wisingerode, daß die nassauische Regierung sich nur hinsichtlich der deutschen Festungen und Flotte und der Bundes-Kasse und Archive zu gemeinschaftlichem Handeln mit dem preussisch-österreichischen Interim habe eingelassen.

**Dresden, 8. Okt.** [Verschiedenes.] Ueber das Befinden S. k. H. des Prinzen Albert werden bekanntlich längst keine Bülletins mehr ausgegeben, und vernimmt man außerdem nur das Erwünschteste über den Fortgang der Heilung des von ihm erlittenen Beinbruchs. — Dieser Tage langte der nunmehrige Kaiser. russ. Gesandte am Wiener Hofe, Baron Meyendorff, von Berlin kommend, beim Reichskriegsminister Grafen Nesselrode hier ab, um an der nunmehrigen Dresdener Session und heute nach Warchau abreisen wird. (Die Durchreise desselben durch Breslau haben wir bereits in der gestrigen Bresl. Zt. gemeldet.) Graf Nesselrode lebte hier ziemlich still und wurde, außer zuweilen im Theater, wenig bemerkt. Verwichenen Sonnabend war er jedoch bei einem ihm zu Ehren vom Minister des Auswärtigen gegebenen Diner, welchem alle Minister und das diplomatische Korps beizuhoben. (D. 3.)

**Leipzig, 8. Oktober.** [Ankunft des Königs und der Königin.] S. M. der König und die Königin sind, von ihrer Reise, über Hof und Plauen zurückkehrend, diesen Nachmittag 3 Uhr im erwünschten Wohlsein hier eingetroffen, auf dem Bahnhofe der sächsisch-bairischen Eisenbahn von dem Staatsminister Dr. Schinsky, dem Kreisdirector, dem Garnisonkommandanten und dem Vorsitzenden des Stadtraths empfangen worden. Auf dem Leipziger-Dresdener Bahnhof wurden Allerhöchstdieselben von dem Staatsminister v. Beust begrüßt und um 4 Uhr reisten S. M. mit einem Extrazuge auf der Leipziger-Dresdener Eisenbahn in Begleitung beider Staatsminister nach Dresden ab. (Leipz. 3.)

**Hannover, 7. Okt.** [Der kleine Zwist] zwischen dem Ministerium und dem Bundestags-Bevollmächtigten, Dr. Demold, wegen des Bundesbeschlusses vom 27ten v. M., hat sich schlichtlich, nach mehreren Konferenzen, in Frieden aufgelöst, obgleich es anfänglich schien, als ob Dr. Demold oder das Ministerium auf dieser Klippe Schiffbruch leiden würde. Das Ministerium desavouirte den Dr. Demold nicht, sondern erkennt den Bundesbeschluss als gültig an, will auch an der Ausführung jenes Bundesbeschlusses in dem Maße Theil nehmen, wie weitere Bundesbeschlüsse dies anordnen werden. Dagegen bleibt das Ministerium, der Bundesversammlung gegenüber, bei der Ansicht stehen, daß jener Bundesbeschluss nicht hätte auf den Bundesbeschluss vom 28. Juni 1832 gestützt werden sollen, da dieser, nach der Ansicht des Ministeriums, durch den späteren Bundesbeschluss vom 2. April 1848 aufgehoben sei. Diese Sondermeinung wird das Ministerium auf das Energischste und Allenstündigste aussprechen. In der Wirkung des Bundesbeschlusses wird und soll jedoch durch dieses Monitum gegen ein Motiv jenes Beschlusses nichts geändert werden.

General Falkert soll in Folge der gestern eingetroffenen Depeschen von der hiesigen Gränze eine Mission erhalten haben. (H. E.)

### Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

**O. Seeth, bei Friedrichstadt, 6. Okt.** [Schreiben eines Freiwilligen.] Wie Sie bereits wissen, kann ich leider mein Versprechen, über die Einnahme von Friedrichstadt zu berichten, nicht halten, aber eine Schilderung der Belagerung und des Summes auf die unglückliche, jetzt ganz vernichtete Stadt will ich Ihnen zu geben versuchen. Friedrichstadt liegt in Eiderstedt, der südlichsten Marksgegend Schleswigs, hart an der Eider, und ist umgeben von einem ohngeführ 20 Fuß hohen Deiche. Außer dem Deiche an der Eider führen drei solche Dämme von Osten, Nordosten und Nordwesten nach der Stadt. Das Terrain zur Seite dieser Deiche besteht aus den üppigsten Wiesen, die, wie überhaupt in der Mark, mit unähnligen, meist gegen 15 Fuß breiten, sehr tiefen Gräben durchschnitten sind. Uebergänge über diese sogenannten Fietze existiren nicht, nur von den Deichen führen hin und wieder Wege hinab, die mit starken Hecken geschlossen sind. Die Bauern bebienen sich langer Stöcke, um über die breiten Gräben hindüberzuspriegen. Auch ein Laie in der Kriegskunst kann schon aus dem Gefagten entnehmen, daß Friedrichstadt, so gelegen, durch Schanzen und Blockhäuser noch befestigt, sehr schwer zu nehmen sein muß. Seit dem 25ten September wurde Friedrichstadt bombardirt. Von Seeth aus, das eine halbe Meile östlich von Friedrichstadt liegt, waren unsere Schanzen bis auf 800-1000 Schritt hinangedrückt, drei dänische Schanzen waren eingeschossen und genommen. Jenseits der Eider bei St. Annen stand Christianian mit seiner 24-pfündigen Granatbatterie, hinter dem Eiderdeiche, südöstlich von Friedrichstadt waren zwei 84-Pfünder postirt, und noch etwas östlicher auf der Eider lagen 3 Kanonenböte, die lebhaften Theil am Kampfe nahmen. Auf der Seeth'schen Straße lag, wie schon erwähnt, eine Schanze mit 2 Geschützen schweres Kalibers, die während des Tages nur die Schiffe des Feindes erwiderten oder vielmehr denselben stets zuvorkommen suchten, indem sie in dem Augenblicke losbrannten, wo in Friedrichstadt die Kanonenlufen in den Schanzen geöffnet wurden. Auf dem nordöstlichen Deiche längs des linken Ufers der Treene war eine Mörserbatterie aufgestellt, die den ganzen Tag ununterbrochen jene todbringenden, brandstiftenden Kugeln warf. Morgens 5 Uhr den 4. Okt. besetzten wir die Infanterie-Schanzen östlich von der Stadt, von wo aus wir nur selten mit dem Feinde einige Schüsse wechselten. Unsere Geschütze donnerten den ganzen Tag und thaten dem Feinde, der sich ganz still und ruhig verhielt, bedeutenden Schaden. Nur von Zeit zu Zeit warfen die Dänen ein paar Kugeln nach St. Annen herüber und 5 bis 6 Mal begrüßten sie uns am Morgen aus ihren Feuereschiffen. Während des Tages brannten 4 Häuser nieder. Nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr schlug das Gefecht und in aller Stille rückten unsere Sturmkolonnen von Seeth her mit Wagen voll Balken und Bretter zu Brücken über die Fietze. Plötzlich begannen wir eine furchtbare Kanonade, eine Kugel folgte der andern und unzählige Bomben sausten durch die Luft. Die Stille in der Stadt, die Unthätigkeit des Feindes, das Gerücht, er sei eingeschlossen und könne keinen Zuzug erhalten, Alles dieses und unser guter Muth machten uns des Sieges gewiß, und mit Freudigkeit überfletterten wir mühsam auf einzelnen Balken die breiten Gräben. Auf den Deichen konnten wir nicht marschiren. Auf einmal brannten 4 oder 5 Häuser; die Flamme verbreitete sich schnell über die umliegenden Häuser und in kurzer Zeit brannte die ganze Stadt. Himmelshoch leiteten die Flammen am Rhythum in die Höhe, der nach zweifelhafte Brande in sich zusammenfank. Taghell war die Gegend erleuchtet und uns konnte der Feind, der uns unsichtbar blieb, jedenfalls deutlich sehen, wofür seine wohlgezielten Schiffe der beste Beweis. Aus Tausenden von Gewehren regneten die Kugeln auf uns herab, Kartätschen schmetterten die Unsrigen nieder und Bombe auf Bombe warf der Feind nach unsern Batterien, Kolonnen und Kanonenböten. Gleich ununterbrochenem Donner krachten die freundlichen und feindlichen Geschütze und hundert Gewehre knatterten in jeder Sekunde. Unverbrochen stürmten unsere Kolonnen, Viele stürzten darnieder, gar Manche ertranken, von den engen Brücken in die Gräben fallend, eine breitere Brücke brach unter der Last der Sturmkolonne, und doch gelang es zweimal den Unsrigen, freilich nur in geringer Anzahl, das erste Haus zu



erzählen, aber zweimal mußten wir zurück, und es war unmöglich, den Hagel der Kugeln zu durchdringen und in Massen, die unbedingt notwendig zum Sturm, über die Gräben zu kommen. Daß der Feind, im Bewußtsein der großen Wichtigkeit des Beschlusses von Friedrichstadt für seinen Aufenthalt und seine Macht im südwestlichen Schleswig, große Massen von Unterführungs- truppen herangezogen hatte, war uns unmissbar. Den 11. Oktober nahmen gewiss am Gefechte Theil und seine 2 Batterien waren auch vermehrt. Grauenhaft war das Geschrei der Verwundeten und Verbrennten in der Stadt und unendlicher Schmerz, erfüllte jede deutsche Brust über den furchtbaren Untergang einer treueingewandten, deutschen Stadt, ohne daß unserer guten Sache irgend welcher Vortheil daraus erwachsen wäre. Hätten wir den Feind betreiben können, so wäre alles Unglück vermehrt, jetzt aber fällt auf uns die ganze Wucht des entsetzlichen Geschehens dieser acht deutschen Stadt. Über unsern Verlust haben wir noch keinen sicheren Bericht. Viele Offiziere sind gefallen und leider sind gar Manche im Wasser umgekommen. Das 11. Bataillon hat den größten Verlust gehabt. Alle Weiden um Friedrichstadt waren voll weidender Ochsen, von denen eine große Anzahl todt geschossen wurde. Ihr Gebrüll mischte sich in den Donner der Kanonen, im Hurrah der Schwärmen, in das Knattern der Gewehre und das Geschrei der Verwundeten. Wunderbar strahlte die brennende Stadt in die Nacht hinaus; Leuchtkugeln, Brandraketen, springende Bomben und ein aufflitzender Pulverfaden, dazu die ununterbrochen blühenden Gewehre und Kanonen machten die Nacht zum Tage. Es war ein furchtbar schönes Schauspiel, ewig eingepreßt in das Gedächtniß aller Theilnehmenden.

**Niedersachsen.** 8. Oktbr. Nachfolgend eine Verlustliste über die bei Friedrichstadt gefallenen oder verwundeten Offiziere. Die Verlustliste der Mannschaften ist noch unvollständig. 6. Bataillon: 1) Hauptmann Ehrhardt, todt; 2) Oberleutnant v. Koga, todt; 3) Oberleutnant Krennreuter, todt; 4) Leutnant Kirchhoff, todt; 5) Leutnant Rehder, todt; 6) Fähnrich Gehring, todt; 7) Hauptmann Basson, schwer verw. (Beschwerung des Oberarmes); 8) Hauptmann Lettau, Schuß durch den Hals; 9) Hauptmann Below, leicht verwundet im Bein; 10) Leutnant Hansen I., leicht verwundet (im Lendengebiet zu Heide); 11) Leutnant Hansen II., schwer verwundet, Schuß durch den rechten Vorderarm und das Bein; 12) Leutnant Ufflar-Gleichen, verwundet und bis jetzt vermisst; 13) Leutnant Sommer, leicht verwundet (im Lendengebiet zu Heide); 14) Leutnant v. Luchner, Kontusion am Kopf; 15) Leutnant v. Bussfeld, verwundet; 16) Assistentarzt Ritter, schwer verwundet (im Lendengebiet zu Heide). — 11. Bataillon: 17) Hauptmann v. Wetterkopf, todt; 18) Hauptmann Hafenkamp, schwer verwundet und vermisst, wahrscheinlich todt; 19) Leutnant Altmann, verwundet; 20) Leutnant Semphach, todt; 21) Hauptmann Stranz, leicht verwundet, Schuß durch die Lippen; 22) Leutnant Breide, verw.; 23) Leutnant Cromrei, verwundet; 24) Leutnant Arnault, verwundet; 25) Leutnant Möller, verwundet. — 15. Bataillon: 26) Leutnant Borch, todt; 27) Leutnant Hentrich, todt; 28) Hauptmann Herzberg, verwundet; 29) Leutnant v. Bieberstein, leicht verwundet; 30) Leutnant v. Voigt, leicht verwundet. — 1. Jägercorps: 31) Hauptmann Wären, Schuß durch die Hand; 32) Hauptmann Hennigs, best.; 33) Leutnant Hans v. d. Heide, leicht verwundet; 34) Leutnant Bredtling, leicht verwundet; 35) Leutnant Seger, leicht verwundet. — 5. Jägercorps: 36) Oberleutnant Harter, verw.; 3. Bataillon: 37) Leutnant Schmidt, vermisst. — Ingenieurecorps: 38) Leutnant Pieper, Schuß durch den Arm. — Kavallerie: 39) Secondelieutnant Lenz vom 2. Dragoner-Regiment, todt. Verlust an Mannschaften: Vom 11. Bat. circa 190, vom 6. Bat. circa 170. Der Hauptmann Lütgen, bisher p. t. Kommandeur des 1. Jägercorps, ist in Anerkennung seiner Umsicht während des Gefechts bei Eiderdamp zum Major und Kommandeur des 1. Jägercorps ernannt. (Der oben als vermisst aufgeführte Hauptmann Hafenkamp und Leutnant Ufflar oder Schmidt sind vermutlich in den Händen der Dänen, da der amtliche dänische Bericht unter den Gefangenen einen Hauptmann und einen Leutnant aufführt.)

**Riel.** 9. Oktbr. Es steht jetzt fest, daß die Belagerung Friedrichsbadts für jetzt aufgehoben ist, die Gernerung aber vorerst noch fort dauert. Da letztere indessen in diesem Augenblick sich bloß auf den südöstlichen Halbkreis des Orts beschränken muß, während dem Feinde die Verbindung mit seinen Waffenbrüdern in Norden und Westen offen steht, so möchte die Gernerung uneigentlich und in einer anderweitigen strategischen Bedeutung zu nehmen sein. Der Feind scheint dort beschäftigt und von einer weiteren Befestigung seiner Position nach Süden und Osten abgehalten werden zu müssen. — Willen soll geäußert haben: er werde einen Winterfeldzug machen, der, wie er hoffe, die Schlappheit des Sommers mehr als gut machen wird. Das Augenmerk der Bevölkerung, vielleicht auch der Armee richtet sich immer mehr nach dem feindlichen Centrum und linken Flügel, trotzdem man weiß, daß die Schleilinie mit nicht weniger als 22 zweigleisigen Schanzen, so wie mehreren Blockhäusern besetzt ist. Diese Linie, sowie die Dannewerke zwischen der Schlei und Treene erscheinen, namentlich im Winter, weniger von der Natur besetzt als Friedrichsbadt. Im April 1848 wurde die Dannewerke von den preussischen Hülfstruppen, welche damals die Höhe unserer Armee nicht erreichten, in wenigen Tagen erobert. — Als Beweis dafür, daß wir den Krieg energisch fortzuführen entschlossen sind, führen wir unter anderem die Thatfache an, daß unsere Regierung 1600 Tonnen Graupen zur Befestigung der Armee soeben von Neuem in Lieferung gegeben hat. Es läßt sich zugleich hieraus schließen, daß die Armee nicht in Winterquartiere verlegt, sondern in den Feldlagern verbleiben wird, da sonst im ersten Falle die Verpflegung der Quartiergebern anheimschneit. — Als weitere erfreuliche Thatfache haben wir zu berichten, daß es der Kriegskasse selbst an klingender Münze nicht fehlt; denn die Regierung läßt unsere Treuescheine, hier „Zettel“ genannt, in Hamburg sämtlich gegen Münze umwechseln, eine Praxis, die sie schon früher mehrere Male mit Erfolg gethan, wo wir eine Niederlage erlitten und dadurch in der großen Nachbarschaft unsere „Zettel“ etwas gedrückt waren. Sie gingen immer sofort wieder bis auf par. Als weiterer Beweis von dem guten Stande unserer Finanzen möge auch die Thatfache angesehen werden, daß die flüchtigen Schleswiger Flüchtlinge wöchentlich 15 Mark aus der Staatskasse ausgezahlt erhalten, in sofern sie dies bedürfen. Die Anzahl beiderlei Flüchtlinge wird bis auf 1300 angegeben.

**Oesterreich.** **Wien.** 10. Oktbr. Ein heute publicirter Erlass betrifft die Einführung der Verzehrsteuer in Ungarn, Kroatien und der Wojwodina, u. s. zunächst mit Rücksicht auf Bier und gebrannte Flüssigkeiten. Grundbesitzer, die selbst Branntwein erzeugen, sind bis zur Höhe von 2 Eimern jährlich steuerbefreit, im Uebrigen bleibt dasselbe Gebührens-Ausmaß wie für die andern Kronländer, wobei jedoch für Bier der Steuerfuß von 36 Kr. pro Eimer festgesetzt wird, ohne daß der 50% Erlass von der Menge des gebrauchten Bieres Statt findet. — Ein zweiter Erlass betrifft die Bestellung der Finanzbezirks-Direktionen in Ungarn. — Man glaubt, daß die erfolgte Aufhebung des lombard. Anlehens die alsbaldige Rückkehr zum ursprünglichen Plane eines Zwangs-Anlehens in diesen Kronländern nach sich ziehen werde. — Die „Bekanntnisse eines Soldaten“, Anfangs insgeheim gedruckt, dann lithographirt, dann in der „Brünnner „Presse“ im Feuilleton, in der „Dilmer „Neuen Zeit“, und hier als eigene Broschüre gedruckt, macht nach dieser Bekanntmachung einen ganz andern Eindruck, als der Verfasser und seine Gefinnungsgenossen vermutheten. Die Offiziere selbst sprechen sich größtentheils energisch dagegen aus, daß ein solcher Absolutismus, eine solche Rückkehr zum Vormärz ihre oder des Heeres Intention sei. — Entgegnungen dieser Schrift sind mehr zu erwarten, und darunter vielleicht auch eine „von einem Soldaten.“

**Frankreich.** **Paris.** 8. Oktbr. Die außerordentliche Sitzung der Permanenz-Kommission hat die politische Welt sehr lebhaft angeregt und ist vielfach kommentirt worden. Die Details dieser Sitzung waren aber auch in der That interessant und die Diskussion außerordentlich lebhaft. — Dupin führte den Vorschlag, die meisten drängendsten Fragen an den Kriegsminister und von Lamoriciere ausgehen. — Die Antworten des Generals Hauptout in Betreff der an die Soldaten vertheilten Gratifikationen waren sicher und zufriedenstellend. Der General gab die genaue Anzahl der vertheilten Summen, und fügte mit Recht hinzu, daß man dem Gouvernement wohl nicht die Absicht unterschieben könne, mit 10 Sous auf den Mann die Armee korrumpiren zu wollen. — In Bezug der zwei Regimenter, deren Garnisonen willkürlich von dem Gouvernment bestimmt worden sind, hat Hr. Hauptout weniger kategorisch geantwortet; er meinte, der Kriegsminister müsse ein absolutes Recht haben, die Bewegung der Truppen nach seinem Gutdünken zu dirigiren. Diese Erklärung fand keine günstige Aufnahme, und der Sturm brach vollends los, als der Soldat mit militärischer Freiheit alle auf ihn gerichteten Angriffe „Anklagen des Charivari“ nannte. — Der Minister stellte es ihm überlassen in Abrede, daß der Ruf „vive l'Empereur“, als durch einen Tagesbefehl angeordnet, von ganzen Pelotons ausgegangen sei. Für isolirte Ausrufungen könne er nicht verantwortlich sein, und eine offizielle Maßregel dagegen werde er nicht veranlassen, doch verspreche er, daß bei der Revue am 10. das Reglement, welches jeden Ausruf unter den Waffen verbietet, genau beobachtet werde. — Der interessanteste Zwischenfall war der Wortwechsel zwischen dem Minister und seinem vorigen Konfrenten, dem General Changarnier. Der Erstere beklagte sich nämlich in sehr bitteren Ausdrücken darüber, daß er von keinem Offizier, die unter der Verantwortlichkeit des kommandirenden Generals stehen, einen Bericht über die intimirten Vorfälle erhalten habe. Die Physiognomie Changarniers drückte bei diesen gegen ihn gerichteten Worten eine lebhafteste Bewegung aus, aber er erwiderte nur, daß er in der Kommission nicht als General, sondern nur als Repräsentant stehe. Endlich hat Herr Hauptout jede arriere-pensée eines Staatsrechters zurückgewiesen und auf Ehrenwort erklärt, bei dem ersten unkonstitutionellen Versuch des Epse sein Portfeuille niederzulegen. Gleichzeitig fügte er aber auch hinzu, daß das Gouvernement gegen alle Partei-Vestrebungen, die über die gesetzlichen Grenzen hinausgehen, unerbittlich einschreiten werde, was offenbar gegen die Legitimisten gerichtet war, die in der Kommission die Majorität haben. — Im Ganzen hat sich Hr. Hauptout mit Ehren aus dem Konflikt gezogen, und die keineswegs befriedigte Kommission hat beschlossen, am Freitag selbst der Revue beizuwohnen. Es werden ihr zu dem Zwecke besondere Sitze reservirt werden.

An dieser Sitzung knüpft sich heute alles politische Interesse in Paris. Die Polemik der Journale dreht sich immer noch um das Thema der Verlängerung der Präsidentengewalt und das Signaturgesetz. „Le Peuple“ ist wegen Aufreizung zum Bürgerkriege zu 6000 Franken und der Gerant so wie der Verfasser zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt worden.

**Niederlande.** **Amsterdam.** 7. Oktbr. [Die Eröffnung der Session der Generalstaaten für 1850—51] hat heute mit den üblichen Feierlichkeiten Statt gefunden. Aus der ziemlich langen Prozedur des Königs, welche sich fast ganz mit dem Inlande beschäftigt, theilen wir nachstehend die paar Stellen von allgemeinem Interesse mit. „Ich habe gewollt, daß bereits diese Versammlung der Generalstaaten am Vollzuge der Rechte sein soll, welche die unläuglich festgestellten Institutionen dem niederländischen Volke zuwenden. Es ist mir angenehm, mich von seinen neu gewählten Vertretern umgeben zu sehen. Unsere Beziehungen zu allen Mächten befanden stets ein gutes Einverständnis. In den Möglichkeiten, welche in Deutschland entstanden sind, verfolgen wir in Bezug auf Limburg den Weg, welchen die Verträge und das Interesse von Niederland vorseichnen.“

## Provinzial-Beitung.

**Breslau.** 11. Oktober. Dem Schles. Kirchenbl. wird aus Reife geschrieben, daß am 8. d. M. der Graf Leoncilli, Mitglied der Nobilgarde, als Abgeordneter Sr. Heiligkeit des Papstes in Johannesburg eingetroffen ist und Sr. fürstbischöflichen Gnaden Depeschen in Betreff der erfolgten Promotion zu der hohen Würde eines Kardinals überbracht hat. — Die feierliche Uebergabe des Kardinal-Birettes durch einen päpstlichen Nuntius wird in wenigen Wochen in Breslau stattfinden.

**Breslau.** 11. Oktober. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde auf Antrag des Magistrats einstimmig beschlossen, dem geh. Ober-Finanz-Rath v. Biegeleben zu seinem bevorstehenden Amts-Jubiläum das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, indem allseitig anerkannt wurde, daß der Jubilar sich große Verdienste um die Kommune erworben habe.

**Breslau.** 11. Oktober. Unter den angekommenen Fremden befindet sich der Banquier Baron Rothschild aus Wien.

**Breslau.** 11. Oktbr. [Polizeiliche Nachrichten.] Am 3. d. M. wurde bei Gelegenheit eines Umzuges von einem vor dem Hause Nr. 24 auf dem Graben gestandenen Wagen ein vollständiges Gebett Bettent gefohlen. — In der Nacht vom 9. zum 10. entwandte man in dem Hause Nr. 12 in der Klosterstraße (Hospital der heil. Hedwig) aus zwei mittelst Nachschlüssel geöffneten Stuben 30 Kinderbett-Bezüge, 4 dergl. größere, 4 Kopfkissen, ein blaues gestreiftes Gebett und mehrere andere Gegenstände.

**Breslau.** 11. Oktober. Herr Professor Karl Kloss aus Dresden, als tüchtiger Organist und besonders thätiger Beförderer der „Sebastian Bach-Stiftung“ bekannt, wird nächsten Montag (Vorfeier des k. k. Geburtstages) in der hiesigen Bernhardskirche ein Orgel-Konzert veranstalten. Wir machen Kunstfreunde vorläufig darauf aufmerksam.

**Goldberg.** 10. Oktbr. [Öffentliche Angelegenheiten.] Eine lebhafteste Theilnahme giebt sich gegenwärtig für hiesige öffentliche Angelegenheiten kund, wozu ein Wechsel in der Verwaltung des Landraths-Amtes Goldberg-Hoyershausen Kreises zunächst gehört. — Da petitionirt man einerseits ganz

besonders eifrig für Beibehaltung des jetzigen Chefs, anderen Theils möchte man gern und wohl vorzüglich im Kreise selbst, einen auch recht human lieb gewonnenen Herrn der Umgegend gewinnen, welcher ohnängst als königl. Regierungs-Kommissar die Einführung der neuen Gemeinde-Ordnung zu bewerkstelligen beauftragt war. — Auch das Bürgermeisterei-Amt ist erledigt und wird eine definitive Regelung dieses wichtigen Attributs der Stadt wohl gleichfalls mit Eintritt der Gemeinde-Ordnung erfolgen. — So erweckt nicht minder das ohnängst begründete Richter-Institut für die höhere Ausbildung hiesiger Jugend, Interesse in zahlreichen Familien und dürfte gewiss mit Recht auch auswärts späterhin die verdienstvolle Aufmerksamkeit verdienen, da die neue Vorleserin desselben sich früher schon als solche in der Provinz sehr bewährt hat. — Wahrscheinlich möchte nach Einarbeitung des künftigen Unterrichtsgesetzes auch die lateinische Stadtschule eine Umwidmung erfahren, welche immer mehr die erprobten günstigen Leistungen derselben zur Anerkennung bringen und den Bewohnern der Stadt durch Herbeiziehung fremder Schüler größeren materiellen Vortheil gewähren könnte.

**Aus dem Leobschütz-Kreise.** im Oktober. [Wegebau.] Der Jahre lang gehegte Wunsch wird endlich zur Wahrheit. Auch in unserem Kreise werden wir fahrbare Wege haben. Viele Klagen sind über die schreckliche Beschaffenheit der Straßen eines der wohlhabendsten Kreise, des Leobschütz, in öffentlichen Blättern laut geworden, Tausende von sogenannten Kreisfahrgen sind alljährlich an verschiedenen Punkten des Kreises beschäftigt worden, und von Jahr zu Jahr sind die Wege in der Herbst- und Frühjahrszeit mit immer größerer Lebensgefahr zu passiren gewesen. — Der jetzige Landrath, Herr Waagen, hat einerseits die Unzumutbarkeit des bisherigen Wegeverbesserungs-Modus erkannt, andererseits jedoch auch in der Fahrbarkeit der Wege einen wesentlichen Hebel des Kreiswohlstandes gefunden, und dies mit Recht; denn, kann der Produzent zu jeder beliebigen Zeit seine Produkte nach dem Markte fahren, so steht es bei ihm, den Moment abzuwarten, in welchem die Preise gestiegen sind. — Der Leobschütz-Kreis hat enorme Spannkräfte, hat auch in allen Theilen Steine und Kies, und doch ist bis in dies Jahr nichts mit Erfolg geschehen. Warum? weil die sogenannten Kreisfahrgen in den Händen der Wegeausseher standen, und diese unter andern für wenige Groschen auch nicht geleistete Kreisfahrgen quittierten. — In Uebereinstimmung mit der provisorischen Kreis-Vertretung hat der Landrath Herr Waagen die Kreis-Naturalfuhrn in Geldbeiträge umgewandelt, und so ein jährliches Kapital von circa 8000 Rthlen. gebildet, welches zum Wegebau verwendet wird. Es werden nicht Chaussees gebaut, sondern mit Kies überschüttete Straßen, die den Kreis in allen Richtungen durchkreuzen, und oben in den Fahrwegen den Mauthgroßen ersparen. — In den angrenzenden Kreisen, dem Ratiborer und Kofeler, sind Chaussees und Eisenbahnen, aber die Kommunikations-Straßen bei Regenwetter so bodenlos, daß die Eisenbahn und die Chaussees für uns ihren Werth verlieren, denn was nützen sie, wenn sie nicht zu erlangen sind. Mögen doch die Herren Kreisvertreter jener Kreise die Prozedur der unsrigen in Betreff der Wegeverbesserung prüfen und denselben Modus einschlagen, dann würde die Lage über Obereschleßens Wege und Straßen verkommen. — Anerkennungswürth ist die Strenge, mit welcher Herr Waagen gegen saumige und nachlässige Gemeinden verfährt, es wird nämlich die nicht verbesserte Wegestrecke kontraktlich dem Mindestfordernden übergeben, und die gestrafte Gemeinde bringt unangenehmlich die erforderliche Geldsumme auf. — Ein geprüfter Wegebaumeister wird jährlich mit 5 bis 600 Rthlr. honorirt, und hat die Verpflichtung, die Wegeverbesserung im ganzen Kreise künftgemäß zu leiten.

**Gesetz.** 10. Oktober. [Schwurgericht.] In der am 7. d. M. erfolgten Sitzung des hiesigen Schwurgerichts wurde: 1) der Gedinghändler Nothe aus Tiefenort von der Anklagebühne schändlicher Verleumdung gegen Korbeinante freigesprochen; 2) die unverheh. Kräger aus Lauban wegen 4 Diebstahls bei eigenem Zugeländnis ohne Auspruch der Geschworenen zu lebenslänglichem Zuchthaus; 3) die verheh. Oberjäger Kabial geb. Nitische, wegen verheimlichter außerordentlicher Schwangerschaft und Niederkunft, wie Verleumdung der Verheiratheten, zu 12jährigem Zuchthaus; am 8. d. M. wurde 4) der Gärtner Gottlieb Kuhn aus Bremenham von der Anklagebühne des 4. Diebstahls freigesprochen; 5) der Einwohner Gottlieb Hübner zu Deutschhof wegen 4. Diebstahls zu lebenslänglichem Zuchthaus;

**Theater-Nachricht.** Sonabend den 12. Oktbr. Bei aufgehobenem Abonnement und erhöhten Preisen. Zum 1ten Male: „Der Prophet.“ Große Oper mit Tanz in 5 Akten, Musik von Meyerbeer. — Die Preise der Plätze, welche bei dieser Oper, der großen Ausstattung, und jedesmaligen sehr bedeutenden Abendloosen wegen fortwährend erhöht werden müssen, sind: Ein Platz in den Logen des ersten Ranges, ein numerirter Sitzplatz im Balkon, ein Sitzplatz im Parquet-Logen, ein numerirter Parquet-Sitz 1 Rthlr.; ein Platz in den Logen des zweiten Ranges 22½ Sgr.; ein numerirter Sitzplatz im Parquet 22½ Sgr.; ein Platz im Parquet 15 Sgr.; ein Platz in den Gallerie-Logen 10 Sgr.; ein Platz auf der Gallerie 7½ Sgr. (Für heute: Einlaß 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.)

**Verlobungs-Anzeige.** Die am 1ten d. M. stattgehabte Verlobung meiner Tochter Rosalie mit dem Prediger Herrn Dr. L. Lewysohn zu Frankfurt a. d. O. erlaube ich mir, Freunden und Bekannten hiermit ergebenst anzukündigen. Schmiegel, 9. Okt. 1850. Witwe S. Zentig.

**Als Verlobte empfehlen sich:** Rosalie Zentig. Dr. L. Lewysohn.

**Als Verlobte empfehlen sich:** Johanna Krebs, Friedrichshütte bei Zarnowitz, Kaufmann Isaak Krebs, Langendorf bei Tsch., den 7. Oktober 1850.

**Als Neuvermählte empfehlen sich:** L. K. Roschert. Selma Roschert, geb. Schmidt. Breslau, den 10. Oktober 1850.

**August Scholz, Emilie Scholz, geb. Männing, Verlobte.** Schweidnitz, den 8. Oktober 1850.

**Todes-Anzeige.** Nach langwieriger Krankheit verschied heute früh nach 8 Uhr unser geliebter Mann und Bruder, der Gläubiger an der Pfarrkirche bei St. Dorothea hieselbst, Joseph Feinert, an Wallerudt, 63 Jahr alt, gekleidet mit den heiligen Mitteln der Religion, sanft und ruhig. Dies zeigen wir, um stille Theilnahme bitend, seinen Bekannten ergebenst an. Breslau, den 11. Oktober 1850. Die Hinterbliebenen.

6) der Einwohner Gottfried Gantke aus Helligensee, wegen Verleumdung der Ortsgerichte im Amte, und Aufreizung zum Ungehorsam gegen das Gesetz in 6 Wochen Gefängnis verurtheilt; am 9. Oktober wurde 7) der Tagelöhner Anton Wollprecht aus Werdorf a. Duels, wegen Ehemordmordes, zu 11 Monaten Zuchthaus und Verbannung aus seinem bisherigen Wohnorte; 8) der bisherige Gehilfe der Erziehungsanstalt für stüthlich verwaarloste Kinder, Friedrich Ernst Glömann, 12½ Jahr alt, wegen wiederholter verurtheilter Brandstiftung und Anlegung, als am 28ten Juli in der Anstalt wirklich entzündet, aber ohne größere Verbreitung und Nachtheil bald wieder erloschen, zu einer 2-jährigen Anstaltsstrafe in einer Besserungsanstalt verurtheilt, wozu die diebstahlige Sitzung des Schwurgerichts beendigt war. (Zama.)

## Mannigfaltiges.

— Se. Maj. der Kaiser Friedrich Wilhelm Konstantin zu Hohenzollern-Hechingen wird sich binnen Kurzem in morgantischer Ehe mit dem Fräulein Marie Schenk von Geyers, zweiten Tochter des Freiherrn Schenk von Geyers aus Eoburg in Franken vermählen. Die Gemahlin des Kaisers wird den Namen einer Gräfin von Hohenberg erhalten. (Für Schleswig-Holstein.) Aus London wird als erregender Bericht, wie auch im fernsten Auslande die gute Sache Schleswig-Holsteins die thätige Sympathie der Deutschen erregt, die Anzeige gemacht, daß so eben bei dem bekannten Hause Gutz und Comp. 1630 Dollar eingegangen waren, welche 30 Deutsche in Vera-Cruz für die Herzogthümer gesammelt hätten. (Nach 3.) — In der böhmischen Zeitung „Liberationist“ hat das (bekanntlich falsche) Gerücht von dem Vorrücken der österreichischen Truppen nach Deutschland bei der Garnison so viel freudige Emotionen erregt, daß mehrere Mannschaften die Kasernen illuminirten. — Auch in Wien zeigt sich besonders bei den Offizieren unvortheilhaft und laut der eifrigen Wunsch: den Preußen gegenüberzuweisen, deren Besetzung man als eine Vagarelle betrachtet.

## Handel, Gewerbe und Ackerbau.

**Breslau.** 11. Oktober. Verein der Kommissäre und Agenten.] In der gestrigen Sitzung erfolgte die Wahl der 12 Mitglieder des Ehrenraths, das Statut der Abtheilung soll gleichzeitig mit den Statuten veröffentlicht werden. Auf Antrag des Vorstehenden, Herrn Ramroth, wurde der allgemeine Theil des Statuten-Einwurfs verlesen, und nach kurzer Beratung angenommen. Der Verein beschließt auf Grund der Bestimmungen des § 101 des Gewerbegesetzes vom 17. Januar 1845 und der Verordnung vom 9. Februar 1849 die Begründung einer gewerblichen Korporation, deren Zweck dahin gehen soll: die gemeinsamen Interessen der hiesigen Agenten und Kommissäre dadurch zu fördern, daß die freie Erhaltung und Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten ermöglicht, die Einigkeit, Ordnung und Ehrenhaftigkeit unter den Mitgliedern erhalten, und zu gegenseitigem Beistande Gelegenheit geboten werde. — Um dieses Ziel zu erreichen, wird das Bestreben des Vereins darauf gerichtet sein, fortan jeder erloschenen Handlungsweise Seitens der Kommissäre und Agenten vorzubeugen, und so das Publikum vor Ueberverpflichtungen zu schützen. — Auf diesem Wege hofft man, das verlorene Vertrauen wiederzugewinnen, nur Vereinsmitgliedern die Aufträge des Publikums zuzuwenden und den Geschäftsbetrieb nicht konfessioneller Berufsgenossen unschädlich zu machen. — Die unter den Mitgliedern entstehenden Streitigkeiten schlichtet der Ehrenrath. — An die demnach zusammengetretenen Kommissäre wird das Gesetz ergehen, bei dem Ministerio ein Gesetz in Anregung zu bringen, welches den Kommissären zum Schutze gegen den unbefugten Geschäftsbetrieb diene. — Die Errichtung eines Fonds zur Unterstützung blühendstehender Kommissäre, Witwen und Waisen gehört ebenfalls zu den Aufgaben, die sich der Verein gestellt hat. Bechrend bemerkt zur Motivirung obiger Vorschläge, daß gegen 2000 unbefugter Männer zum Nachtheile des Publikums wie der berechtigten Gewerbetreibenden — hieselbst dem Kommissionsgeschäfte obliegen. — Ramroth will die itrenigen Grundzüge, welche das Statut ausfüllt, in der Praxis nach Maßgabe der Umstände gemildert wissen. — v. Schwellenrebel beantragt, die Bildung eines Fonds zur Unterstützungsgasse sofort in die Hand zu nehmen. Die Veranlassung geht jedoch hierauf nicht ein, da ihr vorher die Genehmigung der Statuten durch die vorgelegte Behörde erforderlich scheint.

**Nieder-schlesisch-Märkische Eisenbahn.** Die Frequenz auf der Nieder-schlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 29. Sept. bis 5. Okt. d. J. 12543 Personen und 44368 Rthlr. 27 Sgr. 6 Pf. Gesamt-Einnahme für Personen, Güter, und Viehtransporte, vortheilhaft späterer Befestigung durch die Haupt-Kontrole.

**Nieder-schlesische Zugsbahn.** Auf der Nieder-schlesischen Zweigbahn wurden im September d. J. für 9424 Personen und 17069 Rthlr. Güter 5836 Rthlr. 11 Sgr. 7 Pf. eingebracht.

**Die Feier des diesjährigen Missionsfestes** hieselbst wird Mittwoch den 16. Oktober des Vormittags 9 Uhr in der Kirche zu St. Barbara abgehalten werden. Das Komitee.

**Konstitutionelle Bürger-Versammlung.** Montag, den 14. Oktober d. J. keine Versammlung.

## Feier des 15. Oktobers im Wintergarten.

Die Herren Theilnehmer wollen die Festkarten in der Handlung von Hildebrand (Blücherplatz Nr. 8) in Empfang nehmen, und zwar bis spätestens Montag den 14. Oktober Nachmittags 2 Uhr. Das Fest-Komitee.

**Todes-Anzeige.** Am 1ten d. M. verschied nach langen Leiden der beim hiesigen königl. Kreis-Gericht angelegte gewesene Bureau-Assistent Herr Bergs. Wir bedauern sehr, in dem Dahingegangenen einen treuen, fleißigen und unverbrochenen Kollegen aus unserer Mitte verloren zu haben. Jauer, den 10. Oktober 1850. Die Subaltern-Beamten des königlichen Kreis-Gerichts.

**Meine, über 14,000 Bände zählende deutsche, französische und englische Bibliothek, so wie die damit verbundenen Journal- und Bücher-Lese-Zettel** empfehle ich zur gefälligen Benutzung. Der Katalog, wozu ich eben ein neuer Nachtrag erschienen ist, kostet 7½ Sgr. E. Renbow, Elisabethstraße 4.

**Kundmachung.** Die Gefertigten geben bekannt, daß bei der ihnen vom k. k. Kriegs-Ministerium überlassenen Herstellung von 4 großen Forts nach Chmäh mehrere Tausende von Tagelöhnern, Steinbrechern, Maurern, Ziegelbrennern und Ziegelschlägern, vom nächsten Frühjahre angefangen, Arbeit und Verdienst finden können. Dasselbe ist der Fall bei den Arbeiten an der k. k. Staatsbahn am Sommering nächst Schottwien, wo nach dem Erlöschen der Cholera die Arbeiten mit erhöhter Thätigkeit fortgesetzt, und außer obig bemachten Professionisten und Tagelöhnern, hauptsächlich sehr viele Steinmetzen, benötigt werden, welche auch jetzt schon Beschäftigung finden.

Die P. T. Herren Gemeinde-Vorstände und Orts-Gesessoren werden höflichst ersucht, dieser Veranlassung im Interesse der Arbeitstüchtigen ihres Bezirkes die möglichst größte Publizität zu verschaffen. Brünn, am 6. Oktober 1850. Gebrüder Klein, Baunternehmer der k. k. Staats-Eisenbahnen.

**Local-Veränderung.** Meine Hand-, Zwen- und Strickgarn-Handlung befindet sich jetzt ab Kupfer-Schmiedes-Strasse Nr. 24, Schußbrücken-Gräde, genannt zum goldenen Hahn. Breslau, den 11. Oktober 1850. E. Jütger.

## Tanz-Unterricht.

Mit der ergebensten Anzeige meiner auf den 24. Oktober bestimmten Wädhler nach Breslau, verbinde ich die angenehme Pflicht, die Vortheile und Vortheile der hiesigen Anstalt, die Pension-Anstalten zu benachrichtigen, daß mein Tanzunterricht auf den 4. November beginnt. Diejenigen Familien, welche beabsichtigen, in ihrer Wohnung Tanzunterricht ertheilen zu lassen, werden ersucht, mich von ihren Wünschen baldigst in Kenntnis zu setzen. Möglichen finden dreimal Stunden im geschlossenen Zirkel in meiner Wohnung statt, bemere hierbei, daß für Kinder von 10 bis 14 Jahren, zu dem auch Anaben zugelassen werden, ein Zirkel von meiner Tochter geleitet wird. Anmeldungen werden vom 25. Oktbr. ab, in den Vormittagsstunden von 10 bis 1 Uhr und Nachmittags von 3 bis 5 Uhr in meiner Wohnung, Schußbrücke Nr. 45, ertheilt, angenommen. Zugleich ermangele ich nicht, meinen verbindlichen Dank für das Vertrauen und gütige Wohlwollen auszusprechen, welches mir und meiner Tochter diesen Sommer in den Städten Reife und Ologau zu Theil wurde, und wie es uns zum besondern Vergnügen gereichen wird, da bin später zurückzukehren. Wiegand, am 24. September 1850.

**Baptiste.** Ein Wirthschafts-Inspettor, 31 Jahr alt, von gefälligem Wesen, der außer einem Vermögen eine feste Stellung besitzt, sucht wegen Mangel an Damen-Befähigung und Zeit, hierdurch eine Lebensgefahr. Günstigkeit und moralische Bildung mit einem Vermögen verbunden, würden die Ansprüche sein. Hierzu Rücksicht nehmende Damen wollen ihre gegenseitigen Offerten unter der Adresse W. A. G. Breslau, poste restante, einfinden. Die strengste Verschwiegenheit wird zugesichert.**Heiraths-Gesuch.** Ein Wirthschafts-Inspettor, 31 Jahr alt, von gefälligem Wesen, der außer einem Vermögen eine feste Stellung besitzt, sucht wegen Mangel an Damen-Befähigung und Zeit, hierdurch eine Lebensgefahr. Günstigkeit und moralische Bildung mit einem Vermögen verbunden, würden die Ansprüche sein. Hierzu Rücksicht nehmende Damen wollen ihre gegenseitigen Offerten unter der Adresse W. A. G. Breslau, poste restante, einfinden. Die strengste Verschwiegenheit wird zugesichert.**Heiraths-Gesuch.** Ein Wirthschafts-Inspettor, 31 Jahr alt, von gefälligem Wesen, der außer einem Vermögen eine feste Stellung besitzt, sucht wegen Mangel an Damen-Befähigung und Zeit, hierdurch eine Lebensgefahr. Günstigkeit und moralische Bildung mit einem Vermögen verbunden, würden die Ansprüche sein. Hierzu Rücksicht nehmende Damen wollen ihre gegenseitigen Offerten unter der Adresse W. A. G. Breslau, poste restante, einfinden. Die strengste Verschwiegenheit wird zugesichert.**Heiraths-Gesuch.** Ein Wirthschafts-Inspettor, 31 Jahr alt, von gefälligem Wesen, der außer einem Vermögen eine feste Stellung besitzt, sucht wegen Mangel an Damen-Befähigung und Zeit, hierdurch eine Lebensgefahr. Günstigkeit und moralische Bildung mit einem Vermögen verbunden, würden die Ansprüche sein. Hierzu Rücksicht nehmende Damen wollen ihre gegenseitigen Offerten unter der Adresse W. A. G. Breslau, poste restante, einfinden. Die strengste Verschwiegenheit wird zugesichert.**Heiraths-Gesuch.** Ein Wirthschafts-Inspettor, 31 Jahr alt, von gefälligem Wesen, der außer einem Vermögen eine feste Stellung besitzt, sucht wegen Mangel an Damen-Befähigung und Zeit, hierdurch eine Lebensgefahr. Günstigkeit und moralische Bildung mit einem Vermögen verbunden, würden die Ansprüche sein. Hierzu Rücksicht nehmende Damen wollen ihre gegenseitigen Offerten unter der Adresse W. A. G. Breslau, poste restante, einfinden. Die strengste Verschwiegenheit wird zugesichert.**Heiraths-Gesuch.** Ein Wirthschafts-Inspettor, 31 Jahr alt, von gefälligem Wesen, der außer einem Vermögen eine feste Stellung besitzt, sucht wegen Mangel an Damen-Befähigung und Zeit, hierdurch eine Lebensgefahr. Günstigkeit und moralische Bildung mit einem Vermögen verbunden, würden die Ansprüche sein. Hierzu Rücksicht nehmende Damen wollen ihre gegenseitigen Offerten unter der Adresse W. A. G. Breslau, poste restante, einfinden. Die strengste Verschwiegenheit wird zugesichert.**Heiraths-Gesuch.** Ein Wirthschafts-Inspettor, 31 Jahr alt, von gefälligem Wesen, der außer einem Vermögen eine feste Stellung besitzt, sucht wegen Mangel an Damen-Befähigung und Zeit, hierdurch eine Lebensgefahr. Günstigkeit und moralische Bildung mit einem Vermögen verbunden, würden die Ansprüche sein. Hierzu Rücksicht nehmende Damen wollen ihre gegenseitigen Offerten unter der Adresse W. A. G. Breslau, poste restante, einfinden. Die strengste Verschwiegenheit wird zugesichert.**Heiraths-Gesuch.** Ein Wirthschafts-Inspettor, 31 Jahr alt, von gefälligem Wesen, der außer einem Vermögen eine feste Stellung besitzt, sucht wegen Mangel an Damen-Befähigung und Zeit, hierdurch eine Lebensgefahr. Günstigkeit und moralische Bildung mit einem Vermögen verbunden, würden die Ansprüche sein. Hierzu Rücksicht nehmende Damen wollen ihre gegenseitigen Offerten unter der Adresse W. A. G. Breslau, poste restante, einfinden. Die strengste Verschwiegenheit wird zugesichert.



